

BLICKPUNKTE 01|13



INKLUSION – Ein Rezept menschlichen Zusammenlebens



»BLICKPUNKTE« erscheint zweimal jährlich.

Herausgeber: Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt
Wiener Straße 2 • 39112 Magdeburg

Geschäftsführerin: Dr. Gabriele Girke
Telefon: 0391 | 6293420
ggirke@paritaet-lsa.de

Redaktion: Antje Ludwig
Telefon: 0391 | 6293505
aludwig@paritaet-lsa.de

Grafik, Bildbearbeitung,
Satz, Layout: Frank-Michael Märtens
Telefon: 0391 | 6293301
fmmaertens@paritaet-lsa.de

Druck: MDcityprint Magdeburg

© 2013 • Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt





Editorial	
Vorwort	04
Vorstand	
Neuer Vorstand will Akzente setzen	05
Rückblick	
Rückblick Mitgliederversammlung 2012	06
Ausblick	
Sozial- und fachpolitische Schwerpunkte des Verbandes 2013	08
Positionen	
Forderungen des PARITÄTISCHEN zur Bundestagswahl 2013	10
(Neues) Schlagwort »Inklusion« - eine Gesellschaft auf den Kopf gestellt!?	11
Die UN-Behindertenrechtskonvention - »einfach machen?!«	13
Interview: Ein Träger macht sich auf den »Weg«	15
Kein Mensch passt in eine Schublade	17
Selbsthilfe und Inklusion	19
Förderung von Inklusionsprojekten durch Aktion Mensch	20
Wie inklusiv ist die Kinder- und Jugendhilfe?	21
Inklusion im Verbandsalltag	
Aufklärungskampagne »Nicht alle Tassen im Schrank? - Na und!«	24
»Sprich mit mir!« stieß auf breite Zustimmung	25
Lebenshilfe Burg e. V. als Partner der Industrie	26
Interview mit Wolfgang Bahn (Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt)	27
ABiSA: »Inklusion (er)leben«	28
Interview mit dem pädagogischen Leiter des SALUS-Heimverbundes	30
Aktion »Gemeinsam gegen den Schlaganfall« in Wernigerode	32
Volkssolidarität: Auch Generationenzusammenhalt ist wichtig für Inklusion	33
Initiative »Gemeinsam stark wie ein Baum«	34
Initiativen in den Regionen	36
Informationen	
Gesundheitspreis für Selbsthilfekontaktstelle	44
Kein Rundfunkbeitrag für Bewohner in Pflegeheimen	46
Pflege-Neuausrichtungsgesetz	46
Frauen und Mädchen mit Behinderungen benötigen besseren Schutz vor Gewalt	47
WeDo-Kurse des Wildwasser Magdeburg e. V.	49

Liebe PARITÄTERINNEN und PARITÄTER, liebe Leserinnen und Leser,

»Wir fördern das Gemeinwohl und setzen uns für alle Menschen ein, die unsere Unterstützung brauchen. Wir beeinflussen politische Entscheidungen für eine sozial gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Wir unterstützen freiwilliges Engagement und verbinden es mit modernen sozialen Dienstleistungen. Wir aktivieren Selbsthilfe und unterstützen selbstbestimmtes Leben« – so steht es unserem Leitbild.

Einsatz – Unterstützung – Gerechtigkeit – Zukunft – Selbstbestimmung: Seien wir nicht unbescheiden, denn um nicht weniger geht es. Die Beiträge in diesen »Blickpunkten« stecken den Rahmen dafür ab. Wir sprechen von Inklusion und meinen damit umfassende Teilhabe, also Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen und an Prozessen, die das eigene Leben betreffen, das Ermöglichen von Teilhabe für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen ausgeschlossen sind, denen Teilhabe verweigert wird, wo sich Barrieren auftürmen, teilzuhaben. Inklusion ist ein umfassender Prozess, ein langer Weg, ein nicht selten schwieriges Unterfangen.

Die Verweigerung von Teilhabe hat viel mit Ungleichheit zu tun: Bessere Möglichkeiten, die auf sozialen Privilegien beruhen oder Ergebnis ökonomischer Ungerechtigkeit sind und die Benachteiligung durch Verweigerung, ein Handicap anzuerkennen, führen zu solcher Ungleichheit.

Der auch hierzulande viel gelesene und geschätzte amerikanische Philosoph Michael J. Sandel schreibt gegen Ende seines Buches »Gerechtigkeit«, dass solche Ungleichheit »die staatsbürgerliche Tugend zersetzen« kann. Das, fürchte ich, gilt auch für Deutschland. Dagegen stellt er eine »Politik des Gemeinwohls«, die das Ziel hat, »die Infrastruktur des zivilen Lebens zu erhalten und auszubauen«. Diese Politik würde »die Begüterten besteuern, um öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen wieder so auszubauen, dass Reiche wie Arme gleichermaßen gern davon profitieren«. Sandel könnte unser Leitbild gelesen und verstanden haben, warum wir uns als Verband in die Kampagne »umfairteilen« einbringen. Und er würde davon ausgehen, dass unser Handeln dazu beiträgt, wie er schreibt, »die Verbindung zwischen Verteilungsgerechtigkeit und dem Gemeinwohl deutlicher in den Köpfen der Menschen zu verankern«.



Prof. Dr. Peter-Uwe Wendt
Vorstandsorsitzender
des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt

Ich finde diese Aussagen präzise und richtig, weshalb ich sie gerne zitiere. Damit verbindet sich viel von dem, woran ich als Ihr neuer Landesvorsitzender (54 Jahre alt, verheiratet mit einer Sozialarbeiterin, Vater eines 22jährigen Psychologie- und Philosophie-Studenten, Journalist und Sozialwissenschaftler von Beruf und seit 2009 Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg) in unseren Verband mitwirken will: Teilhabegerechtigkeit anzustreben und herzustellen. Die folgenden Beiträge zeigen, was da zu tun sinnvoll ist.

Ich freue mich auf viele Begegnungen mit Ihnen, wünsche mir offene Gespräche (auch) über Gerechtigkeit und eine stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Beste Grüße

Neuer Vorstand will Akzente setzen

In der Mitgliederversammlung am 23. November 2012 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Neben dem neuen Vorsitzenden, Prof. Dr. Peter-Ulrich Wendt, gehören diesem an:



Ralf Böse
stellv. Vorsitzender



Dr. Michael Reiser
stellv. Vorsitzender



Wolfgang Bahn
Mitglied des Vorstandes



Sigrid Daheim
Mitglied des Vorstandes



Eva Buder
Mitglied des Vorstandes



Jürgen Hildebrandt
Mitglied des Vorstandes



Heidi Köhler
Mitglied des Vorstandes



Dr. Detlef Eckert
Mitglied des Vorstandes

Den Auftakt bildete eine gemeinsame Klausur des Vorstandes mit der Landesgeschäftsführung mit den ReferentInnen und Regionalleitern im April 2013:

Unter dem Titel »PARI 2020 – Spannungsfelder zwischen fachlich konzeptionellen Entwicklungen und Finanzierung sozialer Arbeit« erhielten die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder einen vertiefenden Einblick in die zentralen Themen der Referate mit besonderem Schwerpunkt auf Finanzierungsfragen. Kurze Statements der verantwortlichen ReferentInnen wurden ergänzt durch strategische Fragen und Empfehlungen an den Vorstand:

- » Konzentration auf die Entwicklung regionaler Sozialpolitik und Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
- » Gemeinnützige Sozialwirtschaft als Motor und regionalen Standortfaktor herausstellen

- » Gezielte Einflussnahme und Beteiligung an Sozialplanungsprozessen — Dienstleister und Mitgestalter

Diese Themen werden auch im Rahmen des diesjährigen Verbandstages »Weil wir WERT sind — Finanzierung sozialer Arbeit neu denken« am 21. Juni 2013 in Magdeburg im Mittelpunkt stehen.

Nähere Informationen finden Sie auf www.parityet-lsa.de



Auf der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN erwartete Sozialminister Norbert Bischoff eine schöne Überraschung: Der Verein »Blaue Herzen für Kinderfreundlichkeit« bedachte den Politiker mit seiner symbolischen Ehrung. Auf dem Foto v. l.: Landesgeschäftsführerin Dr. Gabriele Girke, Detlef Ballendat, Vorsitzender von »Blaue Herzen«, Minister Bischoff, das Blaue-Herzen-Maskottchen und Vereinsvize Achim Frey.

Rückblick Mitgliederversammlung 2012

»In Soziales investieren - Werte schaffen - Chancen für Alle«

Viele Mitglieder sowie Vertreter von Politik und Verwaltung nahmen am 23. November 2012 in Magdeburg an der Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Landesverbandes teil. Das Büro- und Tagungscenter Magdeburg bot einen guten Rahmen für das sozialpolitische Plenum aber auch für individuelle Pausengespräche und Begegnungen am Rande.

Eingangs griff der Vorsitzende, Dr. Michael Reiser, das Motto des Verbandstages auf und betonte den Beitrag der gemeinnützigen Sozialwirtschaft zum Lebens- und Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Dies belege der Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse der letzten Jahre im Bereich sozialer Dienstleistungen. Arbeitsplätze in diesem Sektor seien ausgesprochen krisenfest — trotz oder gerade wegen des demografischen Wandels und der ländlichen Struktur des Bundeslandes.

Nach dem Grußwort der Stadt Magdeburg - vertreten durch den Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, Hans Werner Brüning - gaben die VertreterInnen der Fraktionen des Landestages unter dem Titel »Auf den Punkt gebracht« ihre Statements ab. Sie würdigten die Arbeit des PARITÄTISCHEN als wichtigen Beitrag zur Sicherung der sozialen Infrastruktur in Sachsen-Anhalt.

Die Rolle des Ehrenamtes für den sozialen Bereich hob der Leiter des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der CDU-Fraktion, Peter Rotter, hervor. Die Sprecherin für Rechtspolitik der Fraktion »Die LINKE«, Eva von Angern, würdigte die Leistungen des PARITÄTISCHEN in seiner Rolle als Lobby-

ist. Die von der LIGA Sachsen-Anhalt vorgelegte Studie »Sozialwirtschaft« belege, dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als Experten und Dienstleister für die Gesellschaft, die Menschen und die Landespolitik sind und enorme wirtschaftliche und ideelle Werte für unser Bundesland erbringen. Die Leiterin des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der SPD-Fraktion, Dr. Verena Späthe, wies darauf hin, dass gemeinnützige Tätigkeit auch wesentliche ökonomische Werte schaffe- leider werde diese Tatsache in vielen »Amtsstuben« verkannt. Hier werden gemeinnützige Leistungen häufig lediglich als Kostenfaktor gesehen.

Daran knüpfte auch der Vortrag von Christian Woltering, Referent beim PARITÄTISCHEN Gesamtverband Berlin, an. Dem volkswirtschaftlichen Faktor des Sektors müsse in Zukunft ein größeres Augenmerk in unserer Argumentation zukommen. Weiterhin legte er dar, dass eine solidarische Umverteilungspolitik für eine gerechtere und zukunftsfeste Finanzierung der öffentlichen Haushalte nötig sei. Die Beteiligung des PARITÄTISCHEN an der bundesweiten Kampagne UmFairteilen sei daher ein neuer Weg der Lobbyarbeit des Verbandes.



Sozialminister Norbert Bischoff nahm gleichfalls Bezug auf die Studie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege. Er hob die Notwendigkeit ressortübergreifender Arbeit und Nutzung von Synergien angesichts knapper Haushaltsmittel des Landes hervor.

Traditionell werden im Rahmen von Mitgliederversammlungen auch Menschen für ihr besonderes ehrenamtliches Engagement geehrt. Dies sind stets sehr emotionale Momente, da persönliche Laudationen durch die Landesgeschäftsführung gehalten werden und die Menschen mit ihrer Persönlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes »ins Licht gerückt« werden.

Eine besondere Überraschung gab es für Sozialminister Norbert Bischoff: Der Verein »Blau Herz für Kinderfreundlichkeit« überraschte ihn mit einer symbolischen Ehrung – der Übergabe des »Blauen Herzens«. Damit dankte der Verein dem Minister für seinen persönlichen Einsatz als Mensch und als Politiker für mehr Kinderfreundlichkeit und Beteiligung von Kindern und Eltern sowie ein familienfreundliches Umfeld.



Karin Hanschke



Barbara Kohl

Ausgezeichnet wurden:

Karin Hanschke

Angehörige psychisch Kranker, LV Sachsen-Anhalt

Barbara Kohl

Stendaler Tafel

Jutta Pietsch

Sozialwerk des demokratischen Frauenbundes



Jutta Pietsch wurde für ihr langjähriges Engagement als ehrenamtliche Vorsitzende des Sozialwerkes des Demokratischen Frauenbundes geehrt. Sie war viele Jahre Mitglied des Vorstandes des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt und vertrat den Landesverband im Verbandsrat des Gesamtverbandes. Wegen einer Erkrankung konnte sie die Auszeichnung nicht selbst im Rahmen der Mitgliederversammlung entgegennehmen.



Sozial- und fachpolitische Schwerpunkte des Verbandes für das Jahr 2013

»Wir sind ein Seismograph für Lebenslagen in Sachsen-Anhalt«

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt bildet mit seiner vielfältigen Mitgliedschaft das gesamte Spektrum sozialer Dienstleistungen für Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen ab. Damit sind wir nah an den Menschen: an ihren Bedürfnissen und Alltagsorgen und den sich abzeichnenden sozialen Problemlagen.

In vielen Bereichen ist der Verband der größte Träger in Sachsen-Anhalt und damit ein bedeutender Arbeitgeber in den Regionen. Sein Wort hat Gewicht und ist damit auch von der politischen Seite ein gefragter Partner und Berater. Auch im Jahr 2013 wird der PARITÄTISCHE sein sozialpolitisches Engagement auf die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in unserem Bundesland richten. Dazu ist eine verlässliche soziale Infrastruktur erforderlich, die den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht wird. Die überwiegend ländliche Struktur von Sachsen-Anhalt

wird dabei eine besondere Herausforderung sein. Gleichrangig mit der von der Landesregierung verfolgten Orientierung auf den »Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt« sollten unbedingt auch Kriterien berücksichtigt werden, die den »Lebensstandort Sachsen-Anhalt« befördern.

Der Vorstand legt auf Vorschlag der Landesgeschäftsführung sozial- und fachpolitische Schwerpunkte fest, die über einen längeren Zeitraum verfolgt, auf ihre Aktualität geprüft und ggf. konkretisiert werden.

Soziale Schiefagen verhindern – Politik beeinflussen und mitgestalten: für gleichwertige Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt - gegen soziale Ausgrenzung, Armut und Abwanderung

- Sozialziele der LIGA für das Land Sachsen-Anhalt (siehe www.liga-fw-lsa.de/downloads/sozialziele_lang_neu.pdf) als Grundlage für Sozialplanung und nachhaltige politische Orientierungen durchsetzen - strategisch wirkungsvolle Aktivitäten im LIGA-Verbund und in regionalen Bündnissen anregen;
- Gemeinnützige Sozialwirtschaft als zukunftsorientierten Beschäftigungsmotor und nachhaltigen Standortfaktor in den Fokus der öffentlichen und verbandlichen Meinungsbildung rücken – Subsidiarität bewahren;
- Fortlaufende Folgenabschätzung sozialer Entwicklungen und politischer Entscheidungen, gezielte Politikberatung, zeitnahe Erarbeitung von Stellungnahmen und Positionspapieren, zeitnahe Infofluss an Mitglieder incl. entsprechender Kommentierung und Bewertung, Organisation von Fachtagungen und Workshops.

Gemeinnützige Sozialwirtschaft stärken – Finanzierung verlässlich sicherstellen

- Beitrag der gemeinnützigen Sozialwirtschaft zur Attraktivität von Sozialräumen und strukturschwachen Regionen deutlich machen, Sozialrendite und Gemeinwohlnutzen gemeinnütziger sozialer Dienstleistungen in der Lobbyarbeit herausstellen;
- Finanzierung sozialer Dienstleistungen durch angemessene Leistungsentgelte und Zuschüsse der öffentlichen Hand verlässlich sichern, Eigenanteile/Eigenleistungen der Träger deutlich machen, Wirkungen der ehrenamtlichen Arbeit und Selbsthilfe herausstellen und finanzielle Unterstützung sichern;
- Haushalt des Landes 2014 und Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes sowie Pläne des Landes zur Einführung eines »Sozialbudgets« prüfen und Sicherstellung ausreichender kommunaler sozialer Daseinsvorsorge einfordern;
- Unterstützung sozialer Unternehmen und wirtschaftlicher Zweckbetriebe großer Mitgliedsorganisationen durch spezielle Informationen, Fachtagungen, Managementforen;



Demografischen Wandel aktiv gestalten – Fachkräfte sichern

- Entwicklung von Strategien gegen Fachkräftemangel in sozialen Einrichtungen, Kampagne zum Image sozialer Berufe fortsetzen, Verbesserung der Zugänge, Qualität und Finanzierung in der Erzieher- und Altenpflegeausbildung, Anwerbungskonzepte;
- frühzeitige Berufsorientierung für den sozialen Bereich in Schulen, durch Kooperation mit Berufsberatungszentren und Optimierung des Online-Stellenmarktes auf der Homepage;
- veränderte Hilfebedarfe bei der Konzept- und Angebotsentwicklung sozialer Dienstleistungen und ausgewogenem Verhältnis ambulanter und stationärer Angebote beachten – darauf abgestimmte Personalentwicklung und -anpassung anregen.

Regionale Sozialpolitik beeinflussen – bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen einfordern und entwickeln

- Integrierte Sozial- und Finanzplanung einfordern und eigene Kompetenzen entwickeln
- Unterstützung der Kommunen in ihren Sozialplanungen (Bedarfsfeststellung und angepasste Angebotsentwicklung sowie Steuerung der Angebote, Berücksichtigung von prüfbareren Kriterien (z.B. Sozialraumorientierung))
- Verbindliche Vernetzung und Kooperation von Trägern vorantreiben, um Synergien und Effizienzreserven zu nutzen
- Modell »Integrierte psychosoziale Beratung« als Qualitätsstandard zur Beratung von Menschen in Multiproblemlagen« umsetzen – Federführung bei der Umsetzung Konzept der LIGA zum Abschluss einer Landesrahmenvereinbarung bzw. Entwicklung von alternativen Umsetzungsmöglichkeiten und Unterstützung regionaler Konzepte.

Positionen

»Soziales zählt.«

Forderungen des PARITÄTISCHEN zur Bundestagswahl 2013

Die am 22. September stattfindende Bundestagswahl ist für die Bürgerinnen und Bürger das wichtigste Instrument ihren politischen Willen auszudrücken und damit unmittelbar Demokratie zu »leben«.

Mit Sorge verfolgt der PARITÄTISCHE seit Jahren, dass diese Chance immer weniger Menschen bewusst nutzen. Dies hat vielfältige Ursachen und Beweggründe. Die sozialen und gesundheitlichen Lebenschancen werden zunehmend ungleich verteilt, immer mehr Menschen werden von der Mitte an den Rand der Gesellschaft gedrängt - dies erhöht den Druck auf das soziale Bindegewebe und dessen Belastbarkeit. Neben der stetigen Umverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums von unten nach oben - sinnbildlich einer klaffenden Schere zwischen Arm und Reich - sorgt die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte immer mehr zum Abbau sozialer Infrastruktur. Unsere Mitglieder spüren die Folgen dieser Entwicklung deutlich: schwierige, drängende Probleme sollen mit knapperen Mitteln bearbeitet werden.

Die vorliegenden Wahlprüfsteine sind das Ergebnis unserer innerverbandlichen Demokratie und bilden damit eine gute Tradition in unserem Verband. Sie zeigen Wege auf, wie und mit welchen Maßnahmen viele Probleme unserer Klienten und Zielgruppen besser gelöst werden könnten, und auch, woher welche Mittel dafür kommen könnten. Mehr noch: Sie zeigen mit ihren Forderungen für mehr Chancengleichheit, auf welchen Wegen viele der Probleme erst gar nicht entstehen würden.

Die Aussagen und Forderungen der Wahlprüfsteine sind in sechs große Abschnitte gegliedert. Diese Abschnitte folgen der Systematik der parlamentarischen Arbeitsweise:

- **Arbeit und Soziales**
- **Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
- **Finanzen**
- **Gesundheit**
- **Inneres**
- **Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Alle Menschen in Deutschland profitieren von einem funktionierenden Gemeinwesen, einem leistungsfähigen Sozialstaat und einem friedlichen Miteinander. Darum sorgen sich unsere Mitgliedsorganisationen millionenfach und jeden Tag. Dass dies mit besseren Rahmenbedingungen noch besser gelingen kann, dafür braucht es politischen Willen.



Die Wahlprüfsteine sollen dazu dienen, die daraus folgenden Forderungen verständlich, hörbar und wirksam zu machen. Sie finden diese auf unserer Homepage unter www.paritaet-lsa.de

Achtung: Terminankündigung

Am 6. September 2013 veranstaltet der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt ein Forum zur Bundestagswahl. Hier werden sich Kandidatinnen und Kandidaten den Fragen unserer Mitglieder stellen.

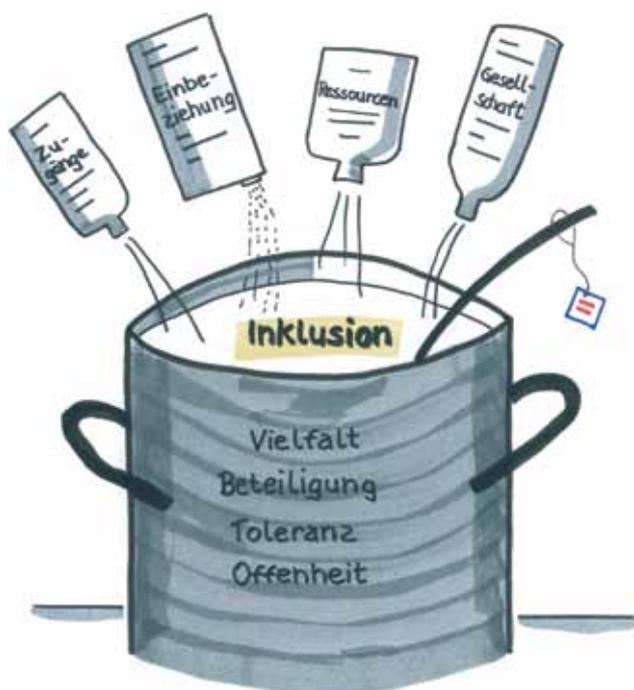
Schauen Sie einfach auf den Kalender der Homepage.



Ralf Hattermann
Referent Hilfen für Menschen mit Behinderung
Tel.: 0391 / 6293533 • rhaltermann@paritaet-lsa.de

(Neues) Schlagwort »Inklusion« – eine Gesellschaft auf den Kopf gestellt!?

Der Begriff der Inklusion erfährt seit einiger Zeit eine breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Es gibt eine Vielzahl von Fachtagungen, Broschüren und Positionen zu dem Thema, aber auch Projekte und Beispiele. Dennoch werden aber auch einige zum Teil unbewusste wie auch bewusste Fehlinterpretationen sichtbar. Das zieht sich wiederum durch die gesamte Breite unserer Gesellschaft. Aber selbst das ist im positiven Sinne schon ein kleiner wertvoller Schritt in eine inklusive Gesellschaft: Denn Inklusion geht uns alle an!



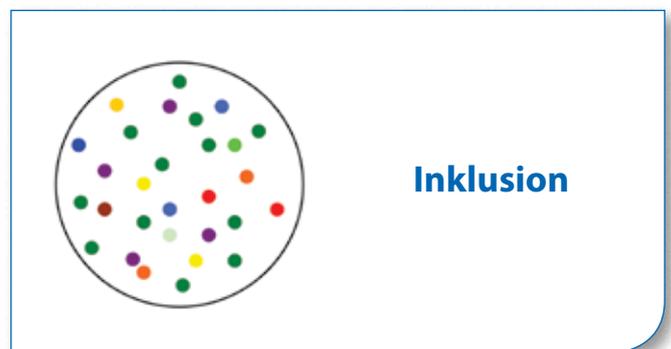
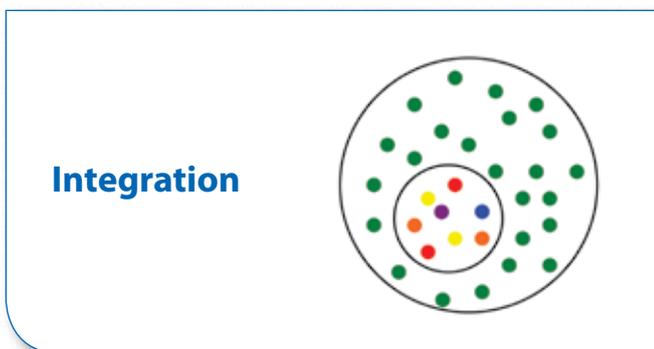
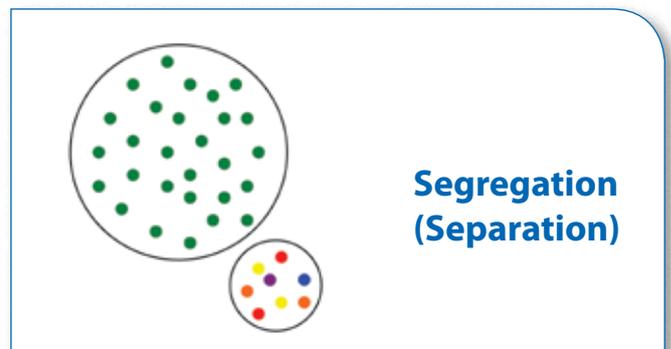
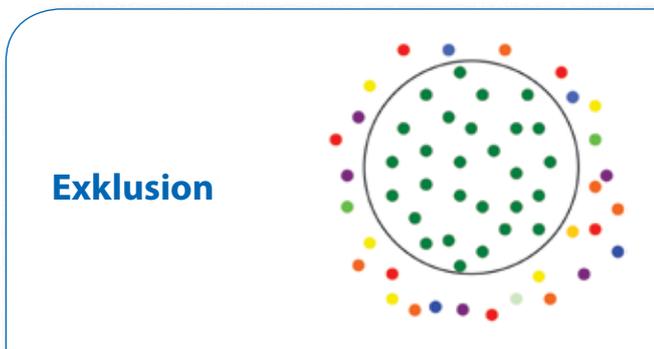
Mit Blick auf Fehlinterpretationen des Begriffes Inklusion wie auch des Konzeptes der sozialen Inklusion ist es möglicherweise eine undankbare Aufgabe, in einem Grundsatzartikel unseres Rundbriefes »Blickpunkte« ein wenig Licht in das Wirrwarr dieses Schlagwortes zu bringen. Das ist zum Einen eine undankbare Aufgabe, weil das Leitbild der Inklusion aktuell in aller Munde ist, und weil das was man und frau darüber weiß, oft auf das aktuelle gesellschaftliche System, auf die jetzige Realität in der Gesellschaft gelegt wird mit dem Resultat, das nicht selten Ausdrücke fallen wie weltfremd, visionäre Spinnerei, nicht realisierbar (weil nicht finanzierbar) und auch: »Wir haben ja noch nicht einmal die Integration erreicht«. Es ist möglicherweise eine undankbare Aufgabe, weil gerade der Begriff Inklusion mittlerweile nahezu inflationär (d. h. also übermäßig häufig) Anwendung findet, frei nach dem Motto, Inklusion ist gerade schick, das ist aktuell, das klingt gut, dafür gibt es Fördergelder, das schreiben wir uns auf die Fahnen. Aber »Nicht überall, wo Inklusion draufsteht, ist Inklusion drin.« Diese Aussage hatte schon beim Integrationskonzept seine

Berechtigung. Deshalb ist es möglicherweise undankbar, über Inklusion zu schreiben und Gefahr zu laufen, damit beizutragen, »...wieder mal eine neue Sau durchs Dorf zu jagen«. Dazu kommt, dass es keine hundertprozentigen Lösungen für die sofortige bzw. die zeitnahe Umsetzung gibt. Und das ist auch gut so, denn Inklusion sollte nicht das Ziel sein, sondern für das, was hinter der Grundidee der Inklusion steht, gilt: »Der Weg ist das Ziel!« In diesem Sinne ist es eine dankbare Aufgabe hier zu diesem Thema etwas beizutragen, denn menschlich wie auch fachlich bin ich persönlich, wie auch der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, davon überzeugt, dass die Leitidee Inklusion zukunftsweisende Wege für »alle« Menschen unserer Gesellschaft beschreibt, frei nach dem Motto: »Eine Gesellschaft, ohne Ausgrenzung und Diskriminierungen ist heute nach wie vor ein idealistisches Bild, es lohnt sich jedoch, diesem Bild möglichst klare Konturen zu geben.«

Unser Verband ist ein Konturengeber, dennoch könnte der Eindruck entstehen, dass der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt nun auch mitzieht/nachzieht, nachdem schon viel darüber geschrieben wurde, eine Menge Positionen veröffentlicht wurden. – Mitnichten. Das Thema spielt eine entscheidende Rolle in der Verbandsarbeit der letzten Jahre, auch wenn diesbezüglich keine grundsätzlichen öffentlichkeitswirksamen Forderungen und Positionen daraus hervorgegangen sind. Das erfolgt auch ganz bewusst, im Sinne der kleinen Schritte.

Das Leitbild unseres Verbandes: »Gleiche Chancen für Alle« mit Begriffen wie Vielfalt, Zuwendung, Beteiligung, Toleranz und Offenheit zeigt indes, dass wir uns natürlich längst auf den Weg gemacht haben, den Inklusionsgedanken zu transportieren, den Begriff zu übersetzen, Veränderungen von Bedingungen ins Rollen bringen und inklusive Wege mitzugestalten. Das geschieht zum Beispiel durch Veranstaltungen, wie etwa im Rahmen der Aktionstage »5. Mai« zur Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen, durch regionale Inklusionsprojekte, wie etwa zur inklusiven Bildung in Staßfurt oder zu Inklusion in Kultur und Freizeit im ländlichen Raum um Stendal (siehe auch Artikel in dieser Ausgabe) sowie auch mit »inkluisiven« Positionen und Forderungen z. B. im Rahmen der Novellierung des Kinderförderungsgesetzes. Mit allen bisherigen klei-

Positionen



nen Schritten im Rücken müssen und wollen wir uns der Herausforderung, inklusive Bedingungen mitzugestalten, weiter stellen. Hier sind wir uns unserer eigenen Baustellen bewusst und werden diese selbstkritisch identifizieren, diskutieren und Veränderungen initiieren. Als Beispiel sei hier die Internetseite des PARITÄTISCHEN Landesverbandes genannt, mit der wir (noch) vor der Aufgabe stehen, diese barrierefrei zu gestalten und auszustatten.

Soziale Inklusion beschreibt einen gesellschaftlichen Prozess, einen langen Weg, der alle Bereiche unserer Gesellschaft fordert. Vor diesem Hintergrund sei an dieser Stelle erlaubt, Grundsätzliches der Leitidee der sogenannten Inklusion auf den Punkt zu bringen, denn: es gibt nicht – wie oft zu hören – viele Definitionen von Inklusion, nur eine Vielfalt von Interpretationen; Inklusion ist auch nicht eine reines »Behindertenkonzept« oder betrifft nur einen bestimmten Personenkreis; sprachlich ist es ebenso nicht zielführend, bestimmte Personengruppen »inkludieren« zu wollen (in Anlehnung an »integrieren«) und schon gar nicht geht es um »[...] Menschen, die von Inklusion betroffen sind.« (wörtliche Aussage des Moderators der Konferenz »Inklusion einfach machen – von Bildung über Ausbildung in Arbeit« des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2011).

Inklusion ist ein Konzept des menschlichen Zusammenlebens, ein revolutionärer Ansatz, der an unserer jetzigen (Leistungs-)Gesellschaft rüttelt. Inklusion, als ein soziales Konzept und sozialpolitisches Leitbild für eine Ge-

sellschaft, in der jede einzelne Person gleiche Rechte und Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen hat, will die Veränderung bestehender Strukturen und Auffassungen dahingehend, dass die Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen die Normalität ist. Inklusion zielt auf eine Gesellschaft, die sich ihrer Diskriminierungen und Ausgrenzungen bewusst ist und diese auf ein Minimum reduziert. Mit Inklusion wird also ein Perspektivwechsel im Zusammenleben von allen Menschen unserer Gesellschaft beschrieben, der über Integration weit hinaus geht (*siehe Kreismodelle oben*). Es geht darum, sich an der Gestaltung des öffentlichen, gesellschaftlichen Lebens beteiligen zu können und in diesem Sinne nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, sich von falschen Harmonievorstellungen einer sozialromantisch gutgemeinten Inklusionsidee zu lösen. Ehrliche Absichten braucht es, um die Idee der Inklusion mit Leben zu füllen. Eine schnelle inklusionsfreundliche Gestaltung von bestehenden Rahmenbedingungen ist absolut schädlich. Bestes Beispiel ist hier die aktuelle Praxis der inklusiven Bildung im Grundschulbereich in Sachsen-Anhalt (Einschulung von Kindern mit Förderbedarf in die sogenannten Regelschulen, ohne ausreichende Bereitstellung von Ressourcen). Ehrliche Inklusion bedeutet Einbeziehung von Anfang an und bedarf der Öffnung des Bestehenden. Das betrifft uns alle: Politik, Verbände, Sozialwirtschaft, Kommunen, jede einzelne Person. Nur wenn wir uns öffnen, können wir Chancengleichheit, Teilhabe und Vielfalt in unserer Gesellschaft verwirklichen. – Machen wir uns gemeinsam auf den Weg!

Die UN-Behindertenrechtskonvention

– »einfach machen!?!«

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen oder vereinfacht in Fachkreisen UN-Behindertenrechtskonvention genannt, manchmal auch VN-Konvention oder noch kürzer UN-BRK oder einfach BRK spielt eine tragende Rolle bei der Umsetzung von Inklusion. Es geht um die Anerkennung von Menschen mit Behinderungen als vollwertige Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft. Einfach ist das nicht! – Ein aktueller Blick.



Die UN-BRK gibt es als Völkerrechtsvertrag nunmehr seit sieben Jahren, vor fast vier Jahren wurde sie von der BRD ratifiziert, d. h. rechtskräftig bestätigt. Die Bundesrepublik verpflichtet sich damit, das Übereinkommen als innerstaatliches Recht anzuerkennen, d. h. den Inhalt der im Übereinkommen geregelten Menschenrechte wie deutsches Recht zu behandeln und zu befolgen. Diese Aussage haben Sie sicherlich schon wiederholt so gehört.

Dieser Satz ist schwerwiegend, daran wird sich unsere Gesellschaft, unser Land, auch unser Bundesland zukünftig messen lassen müssen. Hier wird sich zeigen, wie ernst es uns (vor allem der Politik und Verwaltung) mit der UN-BRK und deren Umsetzung wirklich ist. Und genau hier beginnt schon das Problem.

Der Bundesbehindertenbeauftragte Hubert Hüppe hob während einer Konferenz 2011 (»Inklusion einfach machen ...«) hervor, »[...] dass nunmehr Menschen mit Behinderungen mit der UN-BRK ein Recht haben, dass sie einklagen können.« Diese Aussagen beinhalten zwei Problemlagen. Die erste ist der Fakt des Klagens an sich. Klagen ist ein beschwerlicher Weg, er kostet Zeit, enorme oftmals nicht vorhandene Ressourcen, und größte Kraftanstrengung. Gerade Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen

und Unterstützer/-innen sind sehr häufig nicht in der Lage, diesen Kraftakt zu bewältigen. Staatlich garantierte Unterstützungsleistungen zunehmend über den Klageweg zu erhalten, kann keineswegs im Sinne von Inklusion sein. Die zweite Problemlage ergibt sich aus der Tatsache, dass aus der UN-BRK bisher keine unmittelbaren Ansprüche für einzelne Personen ableitbar sind. Die meisten Artikel und Bestimmungen der UN-BRK sind sozialrechtlicher Natur, die sich an staatliche Stellen der vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt richten. Individuelle Rechte und ein konkreter Leistungsanspruch sind aus der UN-BRK bisher nicht abgeleitet worden.

Seit der Ratifizierung tut sich der Gesetzgeber nach wie vor schwer damit, die UN-BRK inhaltlich umzusetzen und in einschlägige Gesetze einzuarbeiten. Das betrifft die Bundesebene genauso wie die Länderebene. Im Jahr 2011 wurde ein Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK verabschiedet. Die darin verankerten einzelnen Maßnahmen sind von Verbänden berechtigterweise kritisiert worden. Viele der Maßnahmen in diesem Aktionsplan betreffen den Stand bereits bestehender Kampagnen, Projekte und Modellversuche, deren Wirkung zu überprüfen wäre.

Positionen

In Sachsen-Anhalt wird seit der Landtagswahl im Frühjahr 2011 ein Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK erarbeitet. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Legislaturperiode heißt es: »Menschen mit Behinderungen sind ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft.« sowie »Sie haben ein Recht auf Inklusion und Teilhabe am kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben.« Das ist gut so, muss nunmehr aber seitens der Politik mit ehrlichen und realistischen Absichten angegangen werden. Die UN-BRK für Menschen mit Behinderung muss sich im Alltag bewähren und die Maßnahmen im Landesaktionsplan sollte dafür eine realistische Grundlage bieten.

Die Feststellung, Menschen mit Behinderungen sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sowie die Erwähnung, dass Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland ist, dass die UN-BRK im Behindertengleichstellungsgesetz des Landes verankert hat, reichen bei weitem nicht aus, um transparent zu machen, welche Maßnahmen die Landesregierung konkret umsetzen möchte. Auch die Aussage »die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung muss sich im Alltag bewähren« bleibt vakant, wenn nicht klar ist, wie und mit welchen konkreten Maßnahmen das erreicht werden soll. So »einfach« ist das mit dem »machen« natürlich nicht.

Ein Entwurf des Landesaktionsplans wurde Ende 2011 vorgelegt, seinerzeit mit dem Fokus auf sechs Handlungsfelder, allerdings ohne konkrete Maßnahmen. Das war so gewollt. Interessensvertretungen, Behindertenverbände, Menschen mit Behinderungen selbst wurden dann aufgefordert, sich an der Entwicklung und Fortschreibung dieser Maßnahmen zu beteiligen. Das ist generell sehr zu

begrüßen. Nach aktuellem Stand haben diese Beteiligungen bereits bewirkt, dass z. B. die Handlungsfelder im Landesaktionsplan um weitere wichtige Bereiche ergänzt wurden. Der nunmehr im Ministerium für Arbeit und Soziales erarbeitete Aktionsplan liegt mittlerweile seit Beginn des Jahres 2013 vor.

So sehr der Weg der kleinen Schritte, zudem auch ein Landesaktionsplan gehört, unterstützenswert ist, bleibt im Prozess der bisherigen Entwicklung die Kritik, dass nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs zu keinem Zeitpunkt ausreichend transparent war, wer sich zu welchem Thema einbringt, welche Verbände, Interessensvertretungen und andere Organisationen oder zuständige Ressorts sich beteiligt haben. Die LIGA-Verbände etwa wurden trotz ihrer vielfachen Angebote der Beteiligung von Seiten des Landes nicht involviert. Nunmehr gibt es nach ca. einem Jahr erste Verabredungen, über einen entsprechenden Austausch bzw. einer Zusammenarbeit zwischen dem zuständigen Ministerium und der LIGA.

Fazit: Die Umsetzung der UN-BRK mit dem Leitbild Inklusion ist und bleibt in Sachsen-Anhalt wie auch in der gesamten Bundesrepublik ein großes Ziel. Wir, die gesamte Gesellschaft, müssen uns immer wieder in Erinnerung rufen, wofür es geht. Es geht um die Anerkennung von Menschen mit Behinderungen als vollwertige Bürgerinnen und Bürger ihrer jeweiligen Gesellschaft. Das ist die Leitlinie der Konvention. Das ist eine große Aufgabe, das ist eine große Verpflichtung, das ist eine große Verantwortung. Dieser Aufgabe hat sich die BRD verpflichtet und es gilt diese Aufgabe ernsthaft und mit ehrlichen Absichten anzugehen, erst dann funktioniert das mit dem »einfach machen«!



Inklusion - ein Träger macht sich auf den »Weg«

Interview mit Christine Schäfer und Melanie Nehring

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Leitbild Inklusion ist und bleibt ein großes Ziel. Die Träger von Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe stellt das vor große Herausforderungen. Unsere Mitgliedsorganisation »Der Weg e.V.« Hilfen für psychisch Kranke, Betroffene und deren Angehörige in Magdeburg hat sich auf den Weg gemacht.

Der Referent »Hilfen für Menschen mit Behinderungen«, Ralf Hattermann, interviewte Christine Schäfer, Geschäftsführerin des Vereins sowie die Mitarbeiterin und Qualitätsmanagementbeauftragte des Vereins Melanie Nehring.

Was heißt Inklusion für Sie als Träger von Einrichtungen und Diensten insbesondere für Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen?

Es kann keine Differenzierung geben, wenn wir über Inklusion sprechen. Inklusives Leben wird nicht von Trägern, Institutionen oder Einrichtungen gemacht oder gar ermöglicht, sondern betrifft doch alle Menschen, mit oder ohne Behinderung. Um aber bei der Überschrift zu bleiben: Wir haben uns bereits vor über 20 Jahren auf den Weg gemacht, um Menschen mit einer seelischen Behinderung in der Gestaltung ihres Lebens zu unterstützen.

Wir haben Menschen kennengelernt, die aufgrund der Behinderung schwer gezeichnet sind, aber auch Menschen, die ohne äußere Anzeichen unter den Auswirkungen einer seelischen Behinderung leiden. Eine Folge ist dann oft die Isolation, der Ausschluss oder der eigene Rückzug aus allen sozialen Bereichen der Gesellschaft. Deshalb sehen wir in einem respektvollen Miteinander, in dem der Wille, die Meinung und das subjektive Wohlbefinden aller Beteiligten geachtet werden, die Voraussetzung für ein inklusives Leben.

Wie diskutieren Sie innerhalb Ihres Vereins das Thema Inklusion bzw. das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe und Anerkennung von Menschen mit Beeinträchtigungen?

Wir verbinden natürlich das Thema mit unserer Arbeit. Wir diskutieren über unsere Arbeitsansätze und versuchen, auch immer neue Wege zu gehen. Unser Anspruch ist dabei, die Sichtweise der Experten zu hören und zu respektieren. Es ist uns wichtig, dass Angebote bedarfsgerecht gestaltet werden, in dem Sinne, dass wir nicht für die Menschen, sondern gemeinsam mit ihnen handeln.

Dies findet z. B. Ausdruck im gemeinsamen Planen und Durchführen von Veranstaltungen, wie unserem jährlichen Sommerfest. Wir wollen nicht nur über Inklusion diskutieren, sondern unsere Strukturen inklusiv gestalten und stehen für eine Anerkennung aller Menschen ohne Messlatte (wertig/halbwertig/vollwertig).

Inklusion braucht Menschen mit Beeinträchtigungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache. Wie sieht diese Anerkennung und Beteiligung von Menschen mit Beein-

Positionen

trächtigungen in Ihrem Verein aus, und was benötigen Sie dafür?

Wir stellen immer wieder fest, dass es ein langer Prozess sein kann, bis aus Menschen mit seelischer Behinderung Expertinnen und Experten in eigener Sache werden. Es sind viel Aktivierung, Motivation und Zeit erforderlich, um die Menschen zu befähigen und zu ermutigen, die eigenen Ressourcen für Mitbestimmung und Beteiligung zu nutzen und zu aktivieren. Dieser Prozess kann aber nicht nur allein in unserem Verein stattfinden, sondern benötigt die Öffentlichkeit, welche durch Akzeptanz und Respekt geprägt sein muss.



»Der Weg e. V.« hat im Jahr 2011 ein Inklusionsprojekt inklusive einer Zukunftskonferenz initiiert und durchgeführt. Was waren die wichtigsten Erkenntnisse? Was ist geblieben? Welche neuen Wege wollen Sie in Zukunft beschreiten?

Zunächst waren wir sehr über die zahlreichen Interessen der Zukunftskonferenz sowie des gesamten Projektes überrascht. Das Projekt bot viele Möglichkeiten für den Austausch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung. Auf der Zukunftskonferenz wurden dann unter allen Teilnehmern/innen zu den lebensnahen Themen »Wohnen« und »Arbeiten« (mit seelischer Behinderung) heiß diskutiert – Was sind Probleme? Was sind Ursachen? Was sind mögliche Lösungen? Das Projekt hat uns gezeigt, dass die Einbeziehung von Menschen mit seelischer Behinderung nicht schwer ist – es erfordert Akzeptanz, Zeit und Empathie. Menschen mit seelischer Behinderung in sozialpolitische Prozesse vermehrt einzubeziehen wäre unter diesen Voraussetzungen möglich, wenn man es denn wirklich will. Unser gesamtes Projekt mit den vielen Erkenntnissen, die wir gesammelt haben, an dieser Stelle aufzuführen, würde den Rahmen sprengen.

Unser Informations- und Austauschforum »Denkanstupsen« führen wir nach Beendigung des Projektes mit unterschiedlichen Themen fort. Weiterführende Informationen können Interessierte gern auf unserer Homepage (derwegev.de)

erfahren. Eine Erkenntnis unseres Inklusionsprojektes wurde besonders deutlich – gesellschaftliche Aufklärung zum Thema »psychische Erkrankung/seelische Behinderung« geht alle an. Dahingehend arbeiten wir derzeit in einer landesweiten Aufklärungskampagne (für die Belange von Menschen mit seelischer Behinderung/psychischer Erkrankung), an der sich verschiedene Träger beteiligen, mit.

Welche strukturellen, sozialpolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen bedarf es für Sie als Träger inklusive Wege mitzugestalten?

Dazu gehört doch an erster Stelle der politische Wille, Mitgestaltung zu fordern und zu fördern. Ich vermisse, besonders auf Landesebene, eine ernsthafte fachliche Auseinandersetzung zum Thema psychische Erkrankung und seelische Behinderung, mit gleichberechtigter Teilnahme der Expertinnen und Experten. Die Ergebnisse dürfen dann nicht in der Schublade verschwinden, sondern die Grundlage für eine Psychiatrieplanung sein.

Gegenwärtig sehen wir auch keine Akzeptanz der Tatsache, dass unterschiedliche Behinderungsarten unterschiedliche Bedarfe hervorbringen und dennoch einer gleichberechtigten Anerkennung unterliegen sollten. Wir brauchen keine »bedarfsgerechten« Schubladen (Leistungstypen), sondern flexibel gestaltbare Unterstützungsstrukturen.

Inklusion beginnt im Kopf und bedeutet auch Visionen zu leben. Welche Vision(en) haben Sie für Ihren Verein?

- Um das Armutsrisiko für Menschen mit seelischer Behinderung zu beseitigen, beschließt der Gesetzgeber, die Eingliederungshilfe in das SGB V aufzunehmen.
- Alle Bereiche des Vereins sind mindestens dialogisch auf der Leitungsebene besetzt.
- Es gibt Arbeitsmöglichkeiten, die auf Dauer gefördert werden auch wenn keine Versicherungspflicht besteht.
- Jeder, der in einer eigenen Wohnung leben möchte, erhält ein Angebot.
- Der Zugang zu Bildung und kulturellen Angeboten wird »psychisch barrierefrei« gestaltet.

Haben wir doch schon alles einmal gelesen. Steht in der UN-Behindertenrechtskonvention, ist also gar keine Vision? Dann machen wir es ab sofort einfach so!

Frau Schäfer, Frau Nehring, ich danke Ihnen für das Interview und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg auf »inklusive Wegen«.



Rolf Hanselmann
PARITÄTISCHES Jugendwerk Sachsen-Anhalt
Tel.: 0391 / 6293509 • rhanselmann@paritaet-lsa.de



»Anders und mittendrin« – Inklusion aus der Sicht der Jugend(verbands)arbeit

Kein Mensch passt in eine Schublade

Unsere Gesellschaft besteht aus den unterschiedlichsten Individuen. Wenn wir in einer inklusiven Gesellschaft leben, wird nicht zwischen uns unterschieden: Männlich oder weiblich zu sein, hetero-, bi- oder homosexuell, evangelisch, katholisch oder muslimisch, physische oder psychische Beeinträchtigungen zu haben oder ganz »normal« zu sein, schränkt uns in unserer gesellschaftlichen Zugehörigkeit nicht ein.

Doch was heißt eigentlich »Normalsein«? Wenn ich davon ausgehe, dass andere so sein müssen wie ich und ich mich nicht ein Stück auf andere zu bewege, hindere ich meine Mitmenschen an der Teilhabe, ich integriere sie nicht. In einer inklusiven Gesellschaft ist eine Zusammenführung mehrerer Lebenswelten selbstverständlich und die Eigenständigkeit jedes/jeder Einzelnen von uns wird in jeder Situation gefördert.

Jede/r bringt allen seinen/ihren Mitmenschen Wertschätzung entgegen. Partizipation gelingt ohne Schwierigkeiten: Zum Beispiel gibt es für Menschen im Rollstuhl keine Probleme, zu einer Veranstaltung im fünften Stock eines öffentlichen Gebäudes zu gelangen - wir leben in einer barrierefreien Umwelt.

Integration umfasst die gesellschaftliche und politische Eingliederung von Personen oder Bevölkerungsgruppen, die Teil eines vorgegebenen gesellschaftlichen Systems werden, dem sie sich anpassen müssen, auch wenn sie sich durch Ethnizität, Nationalität, Sprache oder Religion davon unterscheiden.

Inklusion geht über den Begriff der Integration hinaus und bedeutet übersetzt »einschließlich«. Das heißt, im Gegensatz zur Integration sind Personen oder Bevölke-

rungsgruppen nicht unterschiedlich, sondern in einer inklusiven Gesellschaft sind wir alle in unserer Verschiedenheit gleich. Es gibt kein »Anderssein« mehr, sondern die Vielfalt der Individuen wird als Ressource begriffen.

In einer inklusiven Gesellschaft ist es außerdem selbstverständlich, dass wir geschlechtergerecht agieren. Wir finden Gegebenheiten vor, die Jungen und Mädchen bzw. Männer und Frauen gleichberechtigt teilhaben lassen. So lernen wir nicht nur in der Schule gemeinsam in einer heterogenen Gruppe, sondern wir spielen auch zusammen Fußball oder treffen uns nachmittags beim Ballett, wir klettern zusammen und haben gemeinsam Ergotherapie. Wir erkennen unsere Gemeinsamkeiten, auch wenn es Unterschiede gibt.

Gemeinsam anders sein – eine Frage der Einstellung!

Wir können Vielfalt stärken, indem wir uns selbst vornehmen, sie zu leben und konkrete Schritte für mehr Vielfalt in die Wege leiten. Inklusion beginnt im Kopf - Barrieren und Vorbehalte abzubauen, ist ein Weg, der sich lohnt. Inklusion hat nicht nur mit dem Wissen über, sondern auch mit dem Zusammendenken von vorhandenen Dimensionen von Heterogenität zu tun. Hierzu gehören u.a. Möglichkeiten und Einschränkungen, Geschlecht, Sprache, Kultur, Ethnizität, soziale Milieus, sexuelle Orientierungen, politisch-religiöse Überzeugungen, Alter.

Positionen

Das bedeutet ganz konkret:

■ Sich überprüfen

Häufig schließt man anhand einzelner Merkmale auf die ganze Person. Frei von Vorurteilen zu agieren, eröffnet dagegen Chancen für Innovation und Kreativität. Sich selbst überprüfen, beugt Missverständnissen oder gar Diskriminierung vor und stärkt die Menschenkenntnis. Wie wäre es, bei einem »Abend der Kulturen« die Lebenswelten der Vereinsmitglieder aus anderen Kulturkreisen kennen zu lernen? Unterschiede zu erkennen und sie zu nutzen, lohnt sich!

■ Selbst offener werden

Man fühlt sich eingeladen, im Jugendverband aktiv zu sein, wenn man akzeptiert wird und wenn alle neugierig auf andere Sichtweisen sind. Eine Seminaranschreibung, die auch eine Kurzbeschreibung bspw. in Englisch enthält, motiviert Jugendliche mit einer anderen Muttersprache, an dem Seminar teilzunehmen. Ein konkreter Schritt für mehr Vielfalt im Verband ist eingeleitet.

■ Sich für Inklusion entscheiden

Jede/r kann selbst bestimmen, wie er/sie sich gegenüber anderen Kulturkreisen und deren Sichtweisen verhält. Genauso kann jede/r mitbestimmen, wie sich sein/ihr Verein für unsere vielen Identitäten öffnet. Wichtig ist, dafür Raum zu lassen und zum Beispiel Inklusion als festen Bestandteil in jede Veranstaltungsplanung mit aufzunehmen.

Inklusion in der Jugend(verbands)arbeit

Wenn das Treffen der örtlichen Jugendgruppe in einem ebenerdigen Raum oder Gebäude mit Fahrstuhl stattfindet, es Informationen zur nächsten Jungendfreizeit des Landesverbandes nicht nur auf Deutsch, sondern z.B. auch auf Russisch, Vietnamesisch und Türkisch gibt und eine Beratungsstelle zur interkulturellen Öffnung für alle da ist, ist ein großer Schritt in Richtung Inklusion getan. Dabei müssen nicht nur die jungen Menschen selbst in den Blick genommen werden, sondern auch ihr Lebensumfeld.

In Vereinen und Verbänden heißt das konkret: Das »Zauberwort« **diversity4 - Diversität** greifbar zu machen, die soziale Vielfalt der einzelnen Individuen gezielt zu nutzen. Barrieren verhindern! Heterogene Strukturen sind zu etablieren und Umweltfaktoren, die entscheidend dafür sind, ob das bewusste Nutzen von Unterschieden gelingen kann, sind zu überprüfen. Alle müssen mitreden und mitentscheiden - auch die, die es bisher nicht getan haben. Inklusion richtet sich an alle. Das heißt, es geht nicht nur darum, inklusive

Angebote zu machen, sondern sie müssen auch nutzbar gemacht und gebraucht werden.

So können unterschiedliche Angebote für verschiedene Zielgruppen inklusiv zusammengeführt werden: ein/e Gebärdendolmetscher/ in für Gehörlose während des Festaktes, ein Kinderbetreuungsangebot während der Gremiensitzungen oder Publikationen in verschiedenen Sprachen. Dies alles verdeutlicht, dass Bereitschaft zum Miteinander in Vielfalt vorhanden ist. Dazu gehört außerdem, mutig Unterschiede zu kommunizieren.

Wir sind als Verein/Verband noch nicht inklusiv, wenn wir altersgerechte und koedukative Seminare anbieten. Wenn wir in einer inklusiven Gesellschaft leben wollen, dann brauchen wir Jugend(verbands)arbeit, die Inklusion bestätigt, indem sie diese praktiziert und kommuniziert.

Das bedeutet auch:

Wir müssen unsere Strukturen und Verhaltensmuster überprüfen. Wo bestehen bewusste oder unbewusste Zugangsbarrieren? Setzt bewusst die »Inklusionsbrille« auf und beobachtet beispielsweise, ob bei euch junge Menschen mit Beeinträchtigung integriert sind?

Spiegelt die Zusammensetzung eurer Gremien die Zusammensetzung in eurem Verband wider oder sind beispielsweise mehr Jungen in den Gremien vertreten? Wie wird in eurer Gruppe reagiert, wenn sich jemand als bisexuell outet? Wenn ihr Diskriminierung feststellt, überlegt, was die Ursachen dafür sein können. Wann findet die Mitgliederversammlung statt? Haben alle dieselbe Chance teilzunehmen? Gibt es Sprach- oder andere Zugangsbarrieren? Brauchen wir einen offeneren Umgang mit Themen wie Homosexualität oder Religion?

Gemeinsam heißt es nun, Lösungen zu finden. Hierbei gibt es kein allgemeingültiges Rezept, sondern es ist wichtig, im offenen Dialog, gemeinsam mit allen Beteiligten, Ergebnisse zu erzielen, die zur Verbandskultur passen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Inklusion nicht falsch verstanden wird. Inklusion bedeutet nicht, alles zu thematisieren, für alles Seminare oder für jede »Gruppe« ein spezielles Angebot zu haben. Einiges davon kann auf dem Weg zum inklusiven Jugendverband helfen, aber das Ziel ist und bleibt: Im Alltag in aller Unterschiedlichkeit miteinander aktiv Jugendverbände und Jugendarbeit zu gestalten.



Romy Kauß
Referentin Gesundheit und Selbsthilfe
Tel.: 0391 / 6293511 • rkauss@paritaet-lsa.de



Selbsthilfe kann einen entscheidenden Beitrag leisten, Inklusion zu verwirklichen

Durch den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention versucht die Bundesregierung einen Prozess anzustoßen, mit dem nicht nur das Leben von Menschen mit Behinderung maßgeblich beeinflusst werden soll, sondern das Leben aller Menschen in Deutschland. Dazu ist es nötig, neben dem Abbau von baulichen Barrieren und dem schaffenden Zugang zu allen Lebensbereichen, vor allem die »Barrieren im Kopf« anzugehen. Die Bevölkerung sollte für die Belange von Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden und dazu kann jeder beitragen.

Der Zusammenschluss von chronisch Kranken, von Behinderten und Angehörigen kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, den Inklusionsgedanken in die Welt zu tragen, ihn selbst zu leben. Der regelmäßige Erfahrungsaustausch in einer Selbsthilfegruppe bietet emotionalen Rückhalt und stärkt die Autonomie der Betroffenen und Angehörigen. Die Mitglieder geben sich untereinander Ratschläge, hören zu und ermuntern. Gemeinsam fordern sie gleichberechtigte Teilhabe am Leben ein, klären auf, kämpfen für den Abbau von Hürden und gegen Vorurteile, denn inklusive Lebensbedingungen zu schaffen, kommt allen Menschen zugute.

In einer Selbsthilfegruppe zählt das »WIR«.

Keiner wird ausgegrenzt. Jeder bringt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten ein. Der Mensch wird als Person mit individuellen Bedürfnissen anerkannt und jeder in der Gruppe erhält die gleichen Rechte, so wird Gleichberechtigung garantiert. Darüber hinaus gilt es, Menschen mit besonderen Eigenschaften und Fähigkeiten wertschätzend gegenüber zu treten und diese Vielfältigkeit als selbstverständlich und positiv zu betrachten.

Selbsthilfegruppen bieten für viele Menschen einen geschützten Rahmen, in dem Solidarität erlebt wird und sich

die Menschen auf ihre eigenen Ressourcen und die der anderen orientieren. Sie begegnen sich auf Augenhöhe und stärken sich gegenseitig, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen und gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu erfahren.

Fazit:

In Sachsen-Anhalt gibt es über 900 Selbsthilfegruppen. Fast zu jedem Krankheitsbild haben sich in den letzten Jahren Gruppen neu gebildet oder bereits existierende vergrößert. Die in jedem Landkreis ansässigen Selbsthilfekontaktstellen beraten indikationsübergreifend und professionell Betroffene und Angehörige und suchen die für sie die richtige Gruppe.

Manche Aktive aus den Selbsthilfegruppen engagieren sich bereits seit Jahrzehnten für einen verbesserten Umgang von Menschen mit Behinderungen. Sie suchen die Gespräche auf öffentlichen Veranstaltungen zu Politikern ebenso wie zu den Menschen in der Fußgängerzone, z. B. an Selbsthilfetagen, die in den größeren Städten stattfinden. Denn den Inklusionsgedanken kann man nicht aufdiktieren, dieser Gedanke sollte in der nächsten Zeit von allen Menschen transportiert werden – die Selbsthilfe leistet dazu bereits jetzt ihren Beitrag



Wir fördern Ihr Projekt!



Förderung von Inklusionsprojekten durch Aktion Mensch

Seit 2011 fördert Aktion Mensch im Rahmen eines zeitlich befristeten Förderprogramms Projekte und Initiativen von gemeinnützigen Organisationen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe, die vor Ort unterschiedliche Akteure aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vernetzen. Ziel ist es, das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung anzustoßen und somit die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an allen gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.

Das Inklusionsprogramm besteht aus zwei Bausteinen: der Förderung von **Vorlauf- und Planungsaktivitäten** sowie der Förderung von **Inklusionsprojekten**. Beide Förderbausteine stehen ab Januar 2012 parallel zur Verfügung und können unabhängig voneinander genutzt werden.

Mit der Förderung von **Vorlauf- und Planungsaktivitäten** sollen vor allem kleinere Einrichtungen und Organisationen die Möglichkeit erhalten ein größeres Inklusionsprojekt vorzubereiten. Ziel der Förderung ist es daher zunächst, passende Partner zu finden, das Interesse an Inklusion vor Ort zu wecken und Wissen auszutauschen. Des Weiteren soll in diesem Rahmen ein Konzept zur lokalen Umsetzung von Inklusion entwickelt werden. Vorlauf- und Planungsaktivitäten werden in einem Förderzeitraum von maximal zwölf Monaten mit bis zu 15.000 Euro unterstützt.

Inklusionsprojekte hingegen werden mit bis zu 250.000 Euro über einen Zeitraum von maximal drei Jahren gefördert. Ziel ist hier, Vernetzungsstrukturen konkret zu schaffen und Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Freizeit, Barrierefreiheit, Arbeit und Wohnen anzustoßen und umzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Organisationen der Behindertenhilfe mit Partnern und Initiativen, die bislang nicht in diesem Bereich tätig waren, steht dabei im Vordergrund.

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat bereits die zwei Vorlaufprojekte

- »Inklusive Bildung an inklusiven Orten – Gemeinsam Lernen in Staßfurt« sowie
- »Gemeinsam Leben in der ländlichen Region Stendal«

in Kooperation mit Mitgliedsorganisationen aus den jeweiligen Regionen erfolgreich durchgeführt.

Des Weiteren wurden durch Aktion Mensch bisher folgende Vorlaufprojekte bewilligt:

- Kinder-Direkthilfe e. V.: Aufbau eines Netzwerkes »Chancengleichheit durch inklusives Lernen in der Lutherstadt Eisleben«
- Jugendförderungszentrum Gardelegen e.V.: »Wir machen Gardelegen MOOD – Macht Mit!«

Gern beraten wir auch Sie zum Förderprogramm und unterstützen Sie bei der Antragstellung. Weitere Informationen zum Förderprogramm erhalten Sie unter www.aktion-mensch.de.



Siegfried Hutsch
 Grundsatzreferent Frühkindliche Bildung und Jugendhilfe
 Tel.: 0391 / 6293335 • shutsch@paritaet-Isa.de

Wie inklusiv ist die Kinder- und Jugendhilfe?

Der Begriff »Inklusion« wird seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland (2009) in den unterschiedlichen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe – Hilfen zur Erziehung, Frühkindliche Bildung, Jugendberufshilfe, Schulsozialarbeit, usw. – diskutiert und angewandt. Doch zwischen der zum Teil inflationären Etablierung des Begriffes in der Fachwelt, insbesondere in den (aus)bildungsbezogenen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe (Jugendberufshilfe, Schulsozialarbeit), den vielfältigen Auslegungen, Interpretationen und skeptischen sowie kritischen Anmerkungen, sollte bedacht werden, welches Verständnis mit dem Begriff einhergeht und welche Analogien im z. B. Kinder- und Jugendhilferecht jetzt schon bestehen.

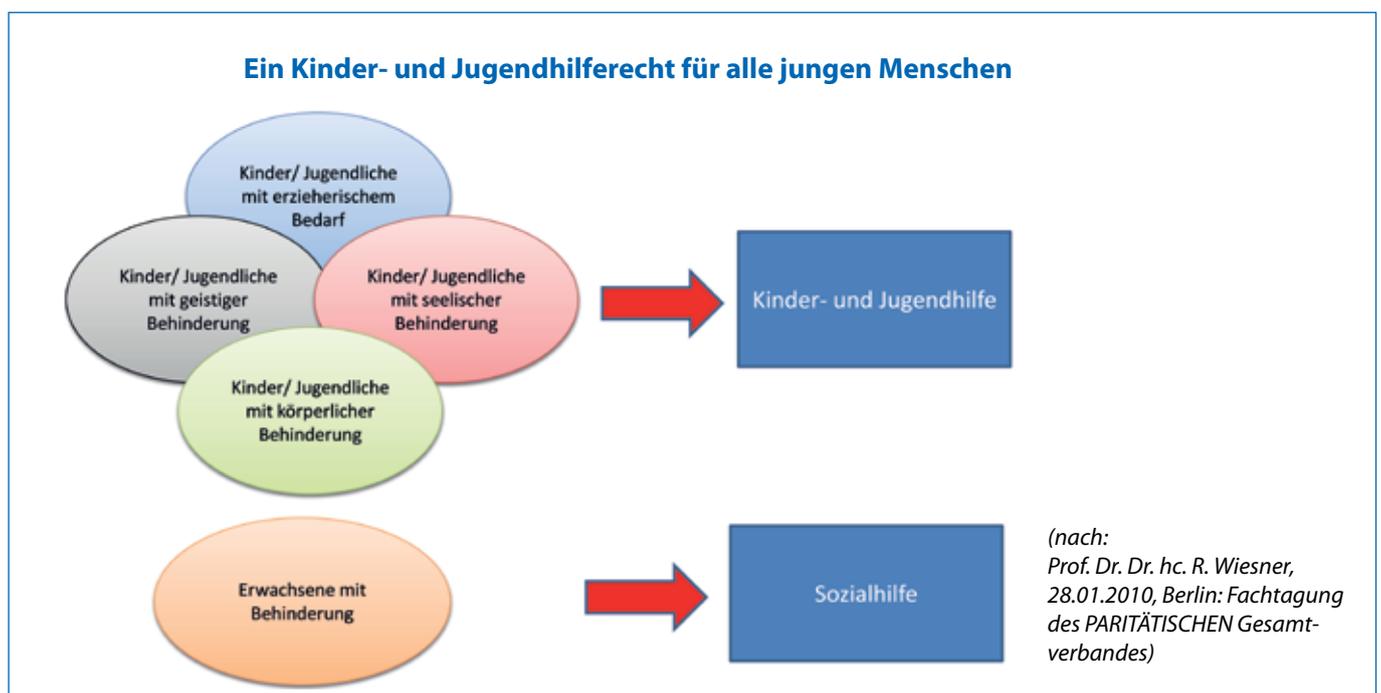
Ebenso sollte bedacht werden, welche Grundhaltungen und Wandlungen die Kinder- und Jugendhilfe mit der Einführung des SGB VIII generell vollzog und systemischen Ansätze der Sozialarbeit, ressourcen- und lebensweltbezogene Arbeitsformen entwickelte. Dieser Paradigmenwechsel ist keineswegs abgeschlossen! Und in Diskussionen zur Inklusion werden nicht selten Abgrenzungen zwischen den Arbeitsfeldern »Menschen mit Behinderung« und »Kinder- und Jugendhilfe« vorgenommen, die Inklusion ausschließlich im jeweils anderen Ressort verortet sehen möchten. Auch sollte bedacht werden, dass der Zustand Inklusion keiner statischen Bezugsgröße unterliegt, sondern ein prozessorientiertes Verständnis voraussetzt, das einer fortwährenden Entwicklung und Begleitung sowie Positionierung bedarf.

Die Große Lösung in der Kinder- und Jugendhilfe

Vor ungefähr vier Jahren wurde der 13. Kinder- und Jugendbericht, der den Anspruch verfolgte, die Lebenssituation

aller Kinder und Jugendlichen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu erfassen, veröffentlicht. Zum ersten Mal in der Geschichte der Kinder- und Jugendberichte wurde die separierte Betrachtungsweise von jungen Menschen mit und ohne Behinderungen aufgehoben. Der Bericht hat herausgearbeitet, dass Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe überwiegend in zwei getrennten Welten agieren.

Dass die Leistungsträger, die Sozialhilfe, Jugendhilfe und Krankenhilfe Klienten Hilfen gewähren, aber in nicht wenigen Fällen Klienten sich in aufwändigen Streitfällen und Zuständigkeitsklärungen ausgesetzt sehen. Es entstehen Verschiebebahnhöfe und sogenannte »schwarze Angebotslöcher«. Am Beispiel der Lebenssituation von Kindern, deren Eltern psychisch krank sind, werden diese »schwarzen Angebotslöcher« sehr deutlich. Die Sachverständigenkommission konnte die Bundesregierung davon überzeugen, dass eine sogenannte »Große Lösung« im Kontext der Inklusion Barrieren überwindet.



Positionen

Der Charme der »Großen Lösung« liegt darin, ein Kinder- und Jugendhilferecht für alle jungen Menschen anzubieten. Die Entwicklungsphase Kindheit, Jugend und junge Erwachsene wird nicht nach erzieherischem Bedarf, geistiger, körperlicher und seelischer Behinderung in Zuständigkeiten kategorisiert, sondern ganzheitlich betrachtet. Da nicht selten multivariable Bedingungen bei jungen Menschen gegeben sind, um Hilfe gewährleisten zu müssen, die sich momentan noch ausschließen. Die zurzeit bestehende »kleine Lösung« des § 35a Eingliederungshilfe bei »seelischer Behinderung« zeigt dies sehr deutlich.

Von der Integration zur Inklusion

Ausgehend von der zugrundeliegenden Betrachtungsweise der sogenannten »Große Lösung«, die weitere sachlogische Konsequenzen beinhaltet, wie z.B. den Befähigungsansatz, soziale Teilhabe, Beteiligungsverfahren usw., sollte eine Unterscheidung von Integration und Inklusion vorgenommen werden. Integration wird mit der »Großen Lösung« zunehmend obsolet. Wie bei der »kleinen Lösung« zurzeit im Kinder- und Jugendhilferecht anzutreffen, wird der Mensch mit entsprechendem Unterstützungsbedarf in diverse Zuständigkeitsbereiche untergliedert und das alltagsprachliche »Schubladendenken« unterstützt. Das in der Tat meint Integration. Oder: Um Begleitung zu ermöglichen, müssen diverse Schubladen zusammengestellt werden, die eine Hilfeleistung ergeben. Integration heißt aus verschiedenen Teilen ein Ganzes wieder herstellen (siehe Heinze (2010)). Für den Lebensalltag eines jungen Menschen, der Begleitung bedarf, um soziale Teilhabe nach seinen Möglichkeiten und Maßstäben aktiv gestalten zu können, ist dies kaum realisierbar. Integration betrachtet Kinder mit Behinderung als Objekte von Hilfen und Förderung (Ebenda). Während Inklusion heißt: Teilung nicht entstehen zu lassen und die Besonderheiten und individuellen Bedürfnisse jedes Kindes zu sehen. Dies geht einher mit der Unteilbarkeit heterogener Gruppen. Inklusion betrachtet alle Kinder als Akteure ihrer Entwicklung und Träger von Rechten. (in Anlehnung an: Heinze 2010, S. 11). Soweit zunächst die theoretischen Unterscheidungen zu diesem Begriffspaar.

Eingehend auf den letzten Satz, dass Inklusion voraussetzt, dass alle Kinder als Akteure ihrer Entwicklung agieren und Träger von Rechten sind, kann dies in der Praxis geprüft werden. Jugendhilfeträger sowie Jugendämter müssen sich fragen, ob sie diese Form der Grundhaltung auf der Ebene der Einrichtungen, bei der Hilfestellung und Hilfeleistung sowie in der Interaktion auf der Ebene der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten. Dieser Realitätsbezug kann hilfreich sein, um den Einstieg in inklusive Arbeits- und Denkweisen zu reflektieren. Bei einigen Einrichtungen und Trägern agieren bereits multiprofessionelle Teams, insbesondere im Bereich der Frühkindlichen

Bildung oder bei Angeboten nach § 35a SGB VIII. Das sind kleine Schritte zur Inklusion. Träger, die inklusive Konzepte entwickeln, müssen Befähigung ermöglichen und Beteiligungsverfahren auf allen Ebenen – Subjekt, Team, Organisation – realisieren. Inklusion fordert daher sowohl die Betrachtungsweise in Bezug auf die Subjektstellung, die Fragestellung interdisziplinärer Teams und Organisationsstrukturen, die Vielfalt, als Heterogenität zulassen.

Wie inklusiv ist die Kinder- und Jugendhilfe bereits?

Die aktuellen Neuerungen des Kinder- und Jugendhilferechts, ausgelöst durch das Bundeskinderschutzgesetz, geben Aufschluss darüber, dass inklusive Denkansätze bestehen. So ist z.B. das Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII zu benennen, dass junge Menschen, Leistungsanbieter und Leistungsgewährer einbezieht, um individuelle Hilfen und Begleitung am individuellen Bedarf z.B. eines jungen Menschen zu ermöglichen. Die Grundlagen zeigen, dass Beteiligung und die in der Inklusion geforderte Subjektorientierung im Kinder- und Jugendhilferecht inhärent sind. Diverse Fundstellen, sollen dies beispielhaft verdeutlichen:

§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. ...

(3) Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,

...

4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

§ 5 Wunsch- und Wahlrecht

(1) Die Leistungsberechtigten haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern. Sie sind auf dieses Recht hinzuweisen.

§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.

(2) Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.

(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.

Diese Fundstellen im Kinder- und Jugendhilferecht belegen die Partizipationsansätze und die Subjektstellung der jungen Menschen. Sie wurden im Bereich der erlaubnispflichtigen Einrichtungen nach § 45 Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung SGB VIII – sprich Kindertagesstätten, Horte, Tagesgruppen und stationären Einrichtungen und betreuten Wohnformen – um die Beschwerde und Beteiligungsverfahren in Institutionen erweitert. Und auch an diesen Fundstellen kann wiederum ausgelotet werden, wie prozesshaft sich Jugendhilfe insgesamt, und ich meine hier insbesondere öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe gleichermaßen, bereits in der Realität zur Inklusion verhält. Sind wir reif für die Inklusion? Können Verwaltungen und Jugendhilfeträger inklusive Arbeitsansätze entwickeln? Entwicklungspotentiale sind zum Beispiel in der Etablierung der Netzwerke »Frühe Hilfen« zu sehen.

Sozialraumorientierung begünstigt kleinräumige Planungsansätze und kann inklusive Planungsansätze unterstützen

Inklusion unterstreicht die Subjektorientierung, die bereits im 8. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung im Kontext mit dem Begriff Sozialraumorientierung herausgearbeitet wurde und den jungen Menschen und die Personensorgeberechtigten als Experten ihres Lebensalltages beschrieb. Diese und andere Diskussionen haben nachhaltig zu Veränderungen in der Entwicklung von Angeboten der Hilfen zur Erziehung beigetragen. In der Praxis sind die großen Komplexe z.B. der Heimerziehung sukzessive in Verbundsysteme der Hilfen zur Erziehung gewichen und ambulante Hilfeformen ausgebaut worden. Die Zahlen der Inanspruchnahme von ambulanten Leistungen belegen dies. Ebenso ist der Bedeutungszuwachs von Kindertagesstätten von der Betreuung- zur Bildungseinrichtung und von der Kindertagesstätte hin zum Kompetenzzentrum ein weiterer Indikator für lebensweltbezogene Ansätze, die umfassende und ganzheitliche Sichtweisen beinhalten. Diese vorgenommene verkürzte Darstellung der Entwicklungslinien in der Kinder- und Jugendhilfe wurde mitnichten ohne kontroverse Diskussionen in den jeweiligen Bereichen vollzogen. Der Autor möchte verstärkt auf die

notwendige Entwicklungs- und Diskussionskultur (ich meine auch Streitkultur) aufmerksam machen, die erforderlich ist und sein wird, um Inklusion gedanklich und praktisch zu entwickeln. In der Tat ist Sozialraumorientierung ein Begriff, der vielfältig ausgelegt wird. Aber auf den Weg zur Inklusion ist Sozialraumorientierung ein Baustein, der ohne Kommunalisierung und dies wiederum ohne kleinräumige Planung nicht denkbar ist. Und kleinräumige Planungsansätze haben dann ihren Sinn, wenn die Bedarfe an den **vielfältigen Bedürfnissen** von jungen Menschen, Familien usw. ausgerichtet werden. Dies wiederum erfordert nicht nur einen Planungsansatz der Zahlen und Eckwerte ausweist, sondern die Meinung und Vorstellungen von jungen Menschen aufnimmt, Beteiligung beinhaltet und in die Planung einbezieht (Unterstreichung der Subjektstellung).

Auf den Weg zur »Großen Lösung« und damit auch zur Inklusion werden nicht nur administrative und gesetzliche Voraussetzungen zwischen SGB XII und SGB VIII geprüft werden müssen. Die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister (ASMK) berücksichtigt, dass Inklusion nicht adhoc herbeizuführen ist, sondern einer schrittweisen Annäherung von Systemen bedarf und Auseinandersetzungen zwingend erforderlich sind. Dr. Christian Lüders hat auf der Tagung des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes folgende Herausforderung für die Jugendhilfe benannt: »Die Jugendhilfe ist gefordert, sich für alle Kinder und Jugendlichen zuständig zu fühlen und zu einer engeren Kooperation mit Gesundheits- und Eingliederungshilfe zu kommen.« (PP-Vortrag Seite 9, Dr. C. Lüders, Berlin, 28.01.2010)

Dies wiederum schließt an den aktuellen 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung an, der die Jugendhilfe als Interessenvertreter aller jungen Menschen und Familien sieht. Jugendhilfe hat die Aufgabe und auch hier sind wiederum alle Akteure gemeint, sowohl die öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe, zivilgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, um die soziale Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen.

Inklusion im Verbandsalltag



Melanie Nehring von »Der Weg« e.V., Jana Schulze, Mitarbeiterin der Freiwilligenagentur Magdeburg und Ralf Hattermann vom PARITÄTISCHEN und klebten gemeinsam das letzte Plakat auf das Touring-Board.

»Nicht alle Tassen im Schrank? - Na und!?!«

Landesweite Aufklärungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen — Wer seelisch krank ist oder ein Suchtproblem hat, erfährt oft Ablehnung. »Selbst schuld«, heißt es da gern. Viele psychisch Kranke schämen sich zudem ihres Problems. Was diese Menschen brauchen, ist Verständnis, Anerkennung und Unterstützung.

Die landesweite Aufklärungskampagne des PARITÄTISCHEN will erreichen, dass sich das ändert und zugleich für das oft tabuisierte Thema sensibilisieren. Mit dem provokanten Slogan »Nicht alle Tassen im Schrank? Na und!?!« wurde genau das erreicht. 680 Plakate an den Litfaßsäulen in Magdeburg, Halle und Dessau wurden geklebt.

Ein Beweggrund für die Kampagne war, dass der Verein »Der Weg« e. V., Mitgliedsorganisation des Landesverbandes des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt e.V., 2011 bis 2012 ein von der »Aktion Mensch« gefördertes Inklusionsvorlaufprojekt in Magdeburg durchgeführt hat. Im Ergebnis dieses Projektes zeigte sich, dass die Aufklärungsarbeit bezogen auf die Lebenslagen von seelisch behinderten Menschen eine bedeutende Rolle auf dem Weg zur Verbesserung der Teilhabe dieses Personenkreises spielt.

In der Weiterentwicklung ist die Idee entstanden, eine landesweite Aufklärungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu initiieren. Diese wird ergänzt durch 5000 Postkarten, die auf weitere Aktionen und Veranstaltungen zum Thema hinweisen. »Ziel dieser Kampagne war, auf die Lebenswirklichkeit der Menschen mit seelischen Behinderungen aufmerksam zu machen, zur Bewusstseinsbildung beizutragen und somit den Weg zu einer inklusiveren Gesellschaft mitzugestalten

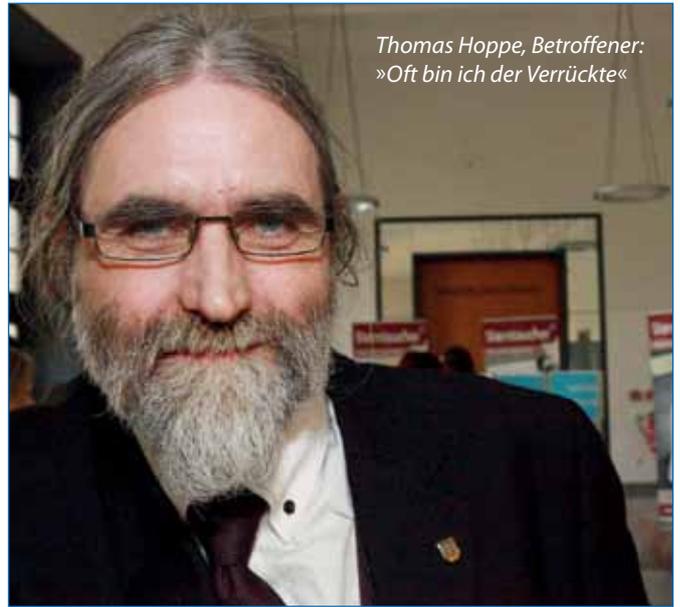
ten«, erklärte Ralf Hattermann, zuständiger Referent beim PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt

Den Auftakt zur Aktion bildet ein »Touring-Board« das Ende April auf dem Magdeburg Bahnhofsplatz mit den Plakaten beklebt wurde. Die Aktion endete am 24. Juni mit einer Gesprächsrunde in Halberstadt.

Hintergrund

Der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung macht jährlich mit Aktionen und Veranstaltungen rund um den 5. Mai auf die Situation von Menschen mit Behinderung in Deutschland aufmerksam – mit dem Ziel, dass alle gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können. Mit dem Motto »Ich bin entscheidend« steht das Thema »Selbstbestimmt Leben« in diesem Jahr im Mittelpunkt. »Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen dürfen nicht länger im Schatten der Gesellschaft stehen und Ablehnung erfahren«, erklärt Ralf Hattermann, Referent des PARITÄTISCHEN. Klischees und Tabuisierung prägen oftmals den Umgang mit psychisch Kranken.

An runden Tischen wurde konstruktiv diskutiert.



Thomas Hoppe, Betroffener:
»Oft bin ich der Verrückte«

»Sprich mit mir!« stieß auf breite Zustimmung

Die landesweite Aufklärungskampagne zur Gleichstellung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen wurde von zahlreichen Veranstaltungen flankiert. Eine davon fand Ende April im Magdeburger Rathaus statt.

Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, der Allgemeine Behindertenverband in Sachsen-Anhalt (ABiSA) e.V., der Landesverband der Lebenshilfe Sachsen-Anhalt e.V., der Verein »Der Weg« e. V. und der Behindertenbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg, Peter Pischner, luden gemeinsam zu einem Rundtisch-Gespräch ein.

Unter dem Motto »Sprich mit mir!« kamen Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen / seelischen Behinderungen und deren Angehörige, mit PolitikerInnen des Landtages und des Stadtrates Magdeburg sowie mit VerbandsvertreterInnen zu den Themen »Wohnen«, »Selbstbestimmung« und »Arbeit« ins Gespräch. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernahmen auch in diesem Jahr der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Dr. Lutz Trümper, und der Präsident des Landtages Sachsen-Anhalt, Detlef Gürth.

An acht Tischen mit je acht Teilnehmenden hatten die »ExpertenInnen in eigener Sache« und deren Angehörige Gelegenheit, mit PolitikerInnen in direkten Austausch über persönliche Anliegen, Probleme, Vorschläge etc. zu treten. »Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen dürfen nicht länger im Schatten der Gesellschaft stehen und Ablehnung erfahren«, erklärt Ralf Hattermann, Referent des PARITÄTISCHEN. Klischees und Tabuisierung prägen oftmals den Umgang mit psychisch Kranken. Und das, obwohl inzwischen jeder dritte Erwachsene in Deutschland von einer psychischen Erkrankung betroffen ist (lt. Studie des Robert-Koch-Institutes 2008-2011). »Wir wollen für das Thema

stärker in das Bewusstsein der Menschen rücken, darüber aufklären und dafür sorgen, dass seelisch Beeinträchtigte gesellschaftlich anerkannt werden, denn sie leben mit uns«, so Hattermann.

Das sieht Thomas Hoppe (57) genauso. Er kennt die Erfahrung mit Nachbarn, die ihn »seltsam« finden. »Es gibt furchtbar viel von diesem alten Zeitgeist«, sagt er. Hoppe leidet an Schizophrenie, die in Schüben auftritt. Auch im Berufsleben – er arbeitet in den Werkstätten der Pfeifferschen Stiftungen – begegnet ihm das noch ab und zu. »In Diskussionen kommt es vor, dass ich am Ende der Verrückte bin und die anderen sind die mit dem Studium.« Er wünscht sich, dass es für psychisch Kranke mehr Bildungschancen gibt – und auch finanzielle Mittel dafür. Helfen würden auch auf die Behinderung spezialisierte Jobvermittler in den Arbeitsagenturen. »Denn Arbeit bedeutet Anerkennung«, sagte Beate Wübbenhorst, Vorsitzende des Magdeburger Stadtrates.

Das findet auch Detlef Gürth. Der Landtagspräsident hat den ganzen Vormittag mit am Tisch gegessen und nimmt eine Menge mit zu den Abgeordneten im Landtag. »Wir müssen Partner in der Wirtschaft finden, die bereit sind, Menschen mit Beeinträchtigungen eine Chance zu geben«, so Gürth. Viele der Betroffenen seien hochmotiviert und begabt – das lohne sich für beide Seiten. »Niemand soll ausgegrenzt werden«, sagte Detlef Gürth. Dafür sei es aber notwendig, die vielfältigen Hilfsangebote besser zu vernetzen.

Inklusion im Verbandsalltag



Martin Melzner während der Montage von Telefoneschalldämpfern

Lebenshilfe Burg e.V. als Partner der Industrie

Inklusion in der Praxis

Das Thema Inklusion ist seit geraumer Zeit aus der sozialwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Die Lebenshilfe Burg stellte sich schon früh dieser Aufgabe und kann in diesem Zusammenhang bereits auf beachtliche Erfolge zurückblicken.

So ist es ihr in Zusammenarbeit mit der Firma DAMIFLEX GmbH aus dem Gewerbegebiet Burg im Dezember 2012 gelungen, eine Arbeitsgruppe in die Fertigung von Lüftungszubehör fest einzubinden.

Die Kooperation mit der Firma DAMIFLEX GmbH besteht bereits seit 2010. Durch die Entscheidung, eine Außenarbeitsgruppe der Lebenshilfe zu integrieren, konnten für elf behinderte Mitarbeiter neue Sozialräume und Arbeitsbedingungen geschaffen werden und eine gute Zusammenarbeit zwischen Werkstatt und Industriebetrieb aufgebaut werden. Die Mitarbeiter arbeiten anerkannt vom bestehenden Arbeitsteam. So werden durch die Gruppe in täglicher Zusammenarbeit mit dem Stammpersonal diverse Schalldämpfer für Klima- und Lüftungstechnik, Telefoneschalldämpfer und Lüftungsrohre mit Stückzahlen von 1000 bis zu 1200 Stück pro Woche angefertigt. Ein großer Anteil der hergestellten Produkte, welche für die kontrollierte Wohnraumbelüftung genutzt werden, wird nach Skandinavien ausgeliefert.

Die Tätigkeit auf den Außenarbeitsplätzen hat für die behinderten Mitarbeiter, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, sowie ihrer Fähig- und Fertigkeiten, ihres Selbstwertgefühls und ihrer Stellung in der Arbeitswelt eine große Bedeu-

tung. Abschließend sei gesagt, dass die Lebenshilfe Burg als Betreiber einer Kantine in der Burger Stadtverwaltung noch über eine weitere Außenstelle verfügt, die seit Jahren besteht und dort zu einem festen Bestandteil geworden ist. Perspektivisch ist ein Café in dem an die Werkstatt der Lebenshilfe Burg angrenzenden Wohngebiet geplant, das durch behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter geschulter Anleitung geführt werden soll.



Montage flexibler Lüftungsrohre

(Fotos (2): Gabriele Grusdas)

»Austauschen, unterstützen und gegenseitig Halt geben«

Interview mit Wolfgang Bahn, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Sachsen-Anhalt



Wolfgang Bahn, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Sachsen-Anhalt

Welche Ziele verfolgt der Blinden- und Sehbehindertenverband im Kontext der Inklusion?

Das Wort Inklusion wird häufig in den Medien verwendet, wenn wir über die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention sprechen. Es meint die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen – dieser Grundsatz ist nicht nur ein Satzungszweck unseres Verbandes, sondern prägt unsere Arbeit seit vielen Jahren. Zum Einen arbeiten wir an der qualitativen Ausgestaltung der Bildung für sehbehinderte Kinder und Jugendliche. Weiterhin setzen wir uns für blinden- und sehbehindertengerechte Arbeitsplätze ein, beraten die betroffenen Menschen in unseren eigenen Beratungsstellen, geben Informationen z.B. über Hilfsmittel, um die Selbstständigkeit zu erhalten und nicht zu vergessen, natürlich die Selbsthilfe. Sie leistet einen großen Beitrag zur Inklusion von Menschen, denn hier können sich Betroffene austauschen, unterstützen und gegenseitig Halt geben.

Welche Erfolge wurden bereits erzielt?

Als einen Erfolg der Inklusionsdebatte sehen wir u.a. die gleichberechtigte Teilhabe von sehbehinderten und blinden Menschen bei Wahlen an. Mittlerweile sind Wahlhilfen auch im Wahlgesetz verankert. Gemeint sind Schablonen, in die die Stimmzettel eingelegt werden, um eigenständig, ohne fremde Hilfe an Landtags- bzw. Bundestagswahlen teilnehmen zu können. Diese Schablonen versendet der Blinden- und Sehbehindertenverband an seine Mitglieder.

Darüber hinaus stellt das Berufsförderungswerk in Halle einen kompetenten Ansprechpartner bei allen Fragen rund um Umschulung bzw. behindertengerechte Arbeitsplätze dar. Hier erfolgt die Beratung und auch die Diagnostik der sehbehinderten Menschen, so dass überprüft werden kann, ob der bisherigen Arbeit durch die Nutzung von weiteren Hilfsmitteln wie Lupe, entsprechender Beleuchtung oder PC weiterhin nachgegangen werden kann oder ob die Blindenschrift erlernt bzw. das Gehen mit dem weißen Langstock trainiert werden muss. Das Berufsförderungswerk führt auch mobile Außensprechstunden in Magdeburg durch.

Welche Herausforderungen sind zu meistern?

Aktuell kämpfen wir gegen die geplanten Kürzungen des Blindengeldes. Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit den geringsten Zahlungen für Blinde, welche als Nachteilsausgleich dienen, um Hilfen zu bezahlen, die andere Menschen nicht benötigen, z.B. einen Vorleser oder eine Begleitung. Seit der Einführung des Blindengeldes 1992 stand das Blindengeld immer mal wieder auf der Kippe und das obwohl es im Haushalt einen überaus geringen Posten einnimmt.

Im Sinne der Gleichbehandlung der Menschen kann es doch nicht sein, dass Nachteile bei blinden Menschen ausgeglichen werden sollen und zeitgleich die Regierung über Kürzungen an dieser empfindlichen Stelle nachdenkt. Wir appellieren hier an die Verantwortlichen und fordern die Beibehaltung und damit eine tatsächlich gelebte Inklusion.

Weitere Herausforderungen sehen wir bei barrierefrei zugänglichen Gebäuden, größeren Ausschielderungen, besser lesbaren Fahrplänen, der Verwendung von starken Kontrasten bei Aushängen, in der Technisierung und so weiter.

Inklusion im Verbandsalltag



ABiSA: »Inklusion (er)leben!«

Inklusion soll eine Gesellschaft ermöglichen, in der alle Menschen - Alte und Junge, Behinderte und Nichtbehinderte - von Anfang an dabei sein können. Einfach weil sie Menschen sind.

Möglich? - Ja! Kurzfristig und leicht? – Nein, wie es unsere Erfahrungen zeigen.

Möglich, weil wir als Allgemeiner Behindertenverband in Sachsen-Anhalt e.V. (ABiSA) bei unseren Anliegen, Bestrebungen, Projekten in Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention immer wieder Mitstreiter und Unterstützer finden. Zugleich sind Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit bei der barrierefreien Gestaltung der Umwelt, bei unseren barrierefreien Picknicks in Barby, Staßfurt oder Merseburg, bei Spiel- und Sportnachmittagen und Treffen in Begegnungsstätten selbstbestimmt mit dabei. Hier sind Menschen allen Alters, mit und ohne Behinderung oder Migrationshintergrund willkommen.

Hier herrscht eine »Willkommenskultur«.

»Normalität« wird nicht hinterfragt, weil es bei uns normal ist, verschieden zu sein und soziale Gemeinsamkeiten zu befördern. »Unterstützer« wie z.B. die Städtische Wohnungsbau GmbH Schönebeck, die NASA – Nahverkehrservice Sachsen-Anhalt, helfen uns finanziell und materiell. Durch das vielfältige Engagement des ABiSA profitieren alle z.B. bei barrierefreien Zugängen zu Bahnhöfen, in Städten

und Gemeinden durch Unterstützungssysteme für ältere und behinderte Menschen in Wohnungen und bei Wohnprojekten, wie z. B. der Telehilfe mit dem Hausnotrufsystem. In Schulen begleiten wir gemeinsames Lernen und Leben von behinderten und nicht behinderten Schülern – einer Vorstufe auf dem Weg zur Inklusion.

Über das Kompetenzzentrum »Barrierefreies Sachsen-Anhalt« können sich künftig alle über Barrierefreiheit beim ÖPVV, im Gesundheitswesen bis zur unabhängigen Lebensführung informieren und umfassend für Verbesserungen von Anfang an mitwirken. Aber die Wege zu inklusiven Umgestaltungen sind aus unserer Erfahrung langwierig und mühselig, oft gegen subjektive Widerstände zu beschreiten. Barrieren in Köpfen, Vorurteile, Unwilligkeit, Ignoranz von Verwaltungen und Ministerialen. Worthülsen statt Bereitschaft, materiell und finanziell in Inklusion zu investieren bringen oft Missmut und Zweifel mit sich.

Inklusion braucht Rechtssicherheit. Deshalb bringt sich der ABiSA neben vielfältigen kulturellen, touristischen u.a. Aktivitäten besonders auch bei Anhörungen zu Geset-

Inklusion im Verbandsalltag



zesnovellierungen z.B. zum Behindertengleichstellungsgesetz, Schulgesetz, Rundfunkstaatsvertrag und bei der Landesbauordnung mit konkreten Vorschlägen aus systemischer Sicht ein. Wir werden hier zwar »angehört«, aber nicht ausreichend »gehört« und ernst genommen - wie zuletzt bei der Landesbauordnung.

Inklusion erfordert:

Das System hat sich am Menschen zu orientieren.

Ein System, wie z.B. die Schule, muss grundsätzlich vom Kind ausgehen, muss den materiellen und ideellen Zugang zu gemeinsamem Lernen für alle ermöglichen und braucht dafür ausreichend sowie speziell ausgebildete Lehrer und Kollegien, kurz, Teams, die auch inklusive Bildung wollen.

Wir gehen als ABiSA grundsätzlich von den Bedürfnissen und Bedarfen aller aus, um die Interessen der jeweiligen konkreten Gruppe, ältere oder behinderte Menschen zu erfüllen. Wir wollen, dass sie so alltäglich Inklusion (er)leben können.

Wir bauen dabei auf zunehmende Professionalität, Einsicht und Hilfe von »Entscheidern«, auf den Ausbau von »Unterstützungssystemen« und entsprechenden Teamstrukturen in den jeweiligen Gesellschaftsbereichen.

Daraus speist sich unsere Hoffnung und Kraft als Allgemeiner Behindertenverband in Sachsen-Anhalt, dass trotz o.g. und vieler anderer Schwierigkeiten und Langwierigkeiten Inklusion in ihrer Komplexität umgesetzt werden kann, ja muss. Denn im Interesse der Zukunft für alle sind »wir zum Erfolg verdammt«.

*Dr. Jürgen Hildebrand
Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in
Sachsen-Anhalt e. V. (ABiSA)*



Gemeinsam Freude erleben: Wenn die Theatergruppe des SALUS-Heimverbundes Gardelegen auftritt, sind oft auch Gäste aus der Nachbarschaft dabei, so wie hier bei der »Wanderung durch 's Märchenland«.

Im Gespräch mit dem Pädagogischen Leiter Christoph Unglaub: »Gerade die Vielfalt macht das Leben doch schön!«

In der altmärkischen Hansestadt Gardelegen sind im zurückliegenden Jahrzehnt unter dem Dach des Heimverbundes der SALUS gGmbH verschiedene Wohn- und Förderangebote für Menschen mit Behinderung entstanden. Viele der heutigen Bewohnerinnen und Bewohner zogen vor Jahren im Zuge der Enthospitalisierung aus dem ehemaligen Heimbereich Uchtsprunge nach Gardelegen um. Je nach individuellem Bedarf fanden sie in einem der beiden SALUS-Wohnheime oder im Intensiv Betreuten Wohnen (IBW) ein behagliches Zuhause und gehen im dazugehörigen Förderzentrum einer sinnvollen Beschäftigung nach. Über die vollzogenen Veränderungen und künftige Herausforderungen lesen Sie nachfolgend ein Gespräch mit Christoph Unglaub, pädagogischer Leiter des SALUS-Heimverbundes Gardelegen/Magdeburg.

Herr Unglaub, Sie kamen im Frühjahr 2001 zur SALUS, waren zunächst als Enthospitalisierungsbeauftragter des damaligen Heimbereiches Uchtsprunge tätig, später dann als pädagogischer Leiter. Im Zusammenhang mit Ihrer beruflichen Tätigkeit haben Sie die Lebenswege zahlreicher Bewohnerinnen und Bewohner begleitet, die heute in den Gardelegener SALUS-Einrichtungen zu Hause sind. Wenn Sie zurückblicken: Worin besteht aus Ihrer Sicht die nachhaltigste Veränderung?

Menschen mit Behinderungen wollen gern auch so leben wie andere Menschen: in einer eigenen Wohnung mit einem Bad, das nicht mehr Menschen nutzen als in einer Familie. Sie nehmen deutlich wahr, dass sie jetzt mitten unter anderen Menschen leben, nicht mehr irgendwo separat. Sie genießen es, von zu Hause zur Tagesförderung zu gehen – so wie andere Menschen zur Arbeit. Zum Teil haben sie ihren eigenen Wohnungsschlüssel, was früher gar nicht möglich war. Das sind für uns Selbstverständlichkeiten, aber für unsere Bewohner war das etwas völlig Neues.

Was hat sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Eingliederungshilfe verändert? Oder anders gefragt: An welcher Stelle musste dazugelernt werden?

Wir fragen heute viel mehr nach dem individuellen Bedarf jedes Einzelnen. Da kommt zum Beispiel nicht mehr der Friseur für alle ins Haus, sondern man geht zu ihm hin und lässt sich die Haare so schneiden, wie es einem gefällt. Ich kenne auch noch Zeiten, wo ein Schuh-Händler ins Heim kam. Dann erhielt jeder ein Paar von den Schuhen, die gerade da waren. So was ist heute undenkbar. Jetzt suchen die Bewohner selbst aus, sofern es ihnen nur irgendwie möglich ist. Da bekommt auch nicht mehr jeder dasselbe zu essen, sondern es wird gefragt, was gewünscht wird. Anfangs kostete es schon Überwindung, einen Bewohner mal allein in die Stadt gehen zu lassen, zum Einkaufen oder zum Förderzentrum. Es war ein Prozess, dem Einzelnen mehr zuzutrauen. Schrittweise haben dadurch viele zu mehr Selbstständigkeit und Sicherheit gefunden. Wir sind da auch noch nicht am Ende des Lernens. Immer wieder ist es

nötig, sich in die Person zu versetzen, um herauszufinden, was er oder sie jetzt braucht, was gut und förderlich ist.

Als die Bewohnerinnen und Bewohner seinerzeit von Uchtspringe nach Gardelegen umgezogen sind, kamen sie in ein kleinstädtisches Umfeld mit neuer Nachbarschaft. Integration gab's nicht sofort inklusive. Wie schätzen Sie das Miteinander in Gardelegen heute ein?

Ich habe schon erlebt, dass ich in ein Geschäft kam, in dem gerade ein Bewohner einkaufte. Als ich die Verkäuferin den Betreffenden mit Namen ansprechen hörte, staunte ich nicht schlecht. Unsere Leute gehören mittlerweile einfach ins Stadtleben. Sie sind keine Exoten, die argwöhnisch beäugt werden. Es sei denn, sie benehmen sich wirklich schlecht - da müssen sie wie jeder Andere mit Kritik aus dem Umfeld rechnen. Von solchen Situationen abgesehen, kann man aber generell nicht erwarten, dass nun jeder Einwohner der Stadt von seinen behinderten Mitmenschen begeistert ist. Es geht uns ja mit anderen Zeitgenossen auch so, das wir uns nicht allen gleichermaßen verbunden fühlen. Ich empfinde es inzwischen als Normalität, dass Menschen mit Behinderungen hier gut integriert leben können. Am besten zeigt sich das in der Nachbarschaft. Es ist schon Jahre her, dass es da mal Probleme gab. Ich denke, das spricht für sich.

Mit dem Beschluss des Bundestages zur UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland zum Konzept der Inklusion bekannt, mit dem die selbstverständliche Teilhabe von behinderten Menschen an allen gesellschaftlichen Bereichen verbessert werden soll. Welche Möglichkeit sehen Sie in Ihrem Wirkungsfeld, diese Vision zu beleben?

Wir verstecken unsere Leute nicht, sondern gehen bewusst in die Öffentlichkeit. Ein Bewohner hat Anschluss gefunden an eine Tischtennisgruppe. Das gelingt natürlich nicht Jedem. Es gibt individuelle Grenzen, und die sind eben von Mensch zu Mensch unterschiedlich. Niemand von uns kann überall dabei sein. Und es gibt ja auch viele Mut machende Erfahrungen. Wenn wir z.B. angefragt werden, ob unsere Gartengruppe an einem Haus die Außenanlagen in Ordnung bringt oder ein Kindergarten die Gartenmöbel in unserer Holzwerkstatt aufarbeiten lässt, treten Vorbehalte und Berührungängste in den Hintergrund.

Was aber noch längst nicht für alle Lebensbereiche zutreffend ist?!

Als beklemmend empfinde ich, dass behinderte Menschen im Rahmen der medizinischen Versorgung mitunter benachteiligt sind. Nach einem Unfall oder einer schweren Erkrankung gibt es mit ziemlicher Selbstverständlichkeit keine Anschluss-Reha. Manchmal wird ihnen nicht zugetraut,



Handfeste Arbeiten erledigen die Bewohner der Gardelegener SALUS-Einrichtungen innerhalb ihrer Gartengruppe.

ihre Krankheit und die Behandlungspläne zu verstehen. So kommt es vor, dass Ärzte nicht akzeptieren, wenn ein Bewohner selbst die Einwilligung für eine Behandlung unterschreiben möchte. Ich spreche hier keineswegs von allen - wir haben natürlich auch sehr gute, einfühlsame Mediziner, gerade unter den Hausärzten. Aber es gibt auch negative Erfahrungen. Da braucht es noch manches Gespräch.

Für Sie persönlich gehört die Begegnung mit geistig, seelisch und mehrfach behinderten Menschen zum Alltag. Was empfinden Sie dabei als besonders bereichernd?

Diese Menschen sagen viel eher, was sie denken. Sie spielen nicht so ein Theater wie manch' Anderer. Da weiß man, woran man ist. Das gefällt mir.

Was ist notwendig, damit selbstverständliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen besser gelingen kann?

Da kann ich nur noch einmal den Wert des direkten Miteinanders hervorheben: Wenn persönliche Kontakte entstehen, die von beiden Seiten als belebend empfunden werden, wenn man sich gegenseitig unterstützt, werden auch die Unterschiede zunehmend als normal wahrgenommen. Ich bin aber kein Freund von Gleichmacherei. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass Unterschiedlichkeiten irgendwann keine Rolle mehr spielen werden. Es ist doch so: Was Menschen verbindet, sind oft gemeinsame Interessen und Bedürfnisse: Kinder spielen gern mit anderen Kindern, Familien sind mit anderen Familien befreundet. Ebenso kann es natürlich sein, dass behinderte und nicht behinderte Menschen »ziemlich beste Freunde« werden. Das lässt sich aber nicht verordnen, das wäre nicht natürlich, sondern aufgesetzt. So wie es in der Natur Unterschiede gibt, so gibt es sie auch bei den Menschen. Das heißt ja nicht, dass der eine mehr und der andere weniger wert ist. Überhaupt nicht. Gerade die Vielfalt macht doch das Leben so schön.

»Es hilft zu sehen, wie auch andere kämpfen« — Gemeinsam gegen Schlaganfall

Am 15. Mai veranstalteten die Neurologische Klinik des Harzklinikums »Dorothea Christiane Erxleben« und die Paritätische Gesellschaft für Sozialarbeit Darlingerode/Harz auf dem Wernigeröder Nicolaiplatz den Aktionstag »Gemeinsam gegen den Schlaganfall«.



Es ist bereits eine gute Tradition, dass sich jeweils im Mai verschiedenste Partner anlässlich des »Deutschen Tages gegen den Schlaganfall« in Wernigerode versammeln, um ihre Unterstützungsangebote vorzustellen. In diesem Jahr waren es bereits zwölf Unternehmen, so die Sozialstation Ilsenburg des Paritätischen Sozialwerkes Altenhilfe, die Selbsthilfekontaktstelle Harz des PARITÄTISCHEN, Sanitätshäuser und Apotheken aus der Region, der Softwareanbieter HASOMED aus Magdeburg und Schüler des IWK Halberstadt. Im Mittelpunkt stand, wie in den Jahren zuvor, auch die Aufklärung über Risiken, die einen Schlaganfall begünstigen, so zum Beispiel die fatalen Folgen von Alkohol- und Nikotinmissbrauch sowie ungesunder Ernährung. Dass die Krankheit selbst jüngere Menschen treffen kann, zeigt das Schicksal von Anja Herzog aus Wernigerode.

»Ich würde die Zeit zurück drehen, wenn ich das könnte«, sagt Anja Herzog mit ruhiger Stimme. Die 45-Jährige meint die Zeit vor dem 19. August 2011. An diesem Tag änderte ein Schlaganfall das Leben der zweifachen Mutter von jetzt auf gleich. Seither ist nichts mehr wie es war. Viele Dinge im Leben muss Anja Herzog seitdem ein zweites Mal erlernen. »Ich kann jetzt zu Hause die Treppe wieder runter laufen«, nennt Herzog stolz ein Beispiel. Vor allem ihre Familie ist es, die ihr täglich neue Kraft verleiht. »Ich bekomme viel Zuspruch, meine Familie freut sich über alles, was ich neu kann.« Und Anja Herzog betont, dass sich ihr Mann und ihre beiden Kinder sehr um sie kümmern. Viel Kraft schöpfe sie bei der Bewältigung des Schlaganfalls und seiner Fol-

gen aus dem familiären Rückhalt. Der größte Wunsch von Anja Herzog ist es, »mal alleine raus zu gehen, ohne jemandem Bescheid zu sagen und um Hilfe bitten zu müssen.« Dass sie nicht mehr laufen kann, sei am schlimmsten, sagt Herzog. Aber auch die eingeschränkte Bewegung ihres linken Armes stört die Frau aus Wernigerode. Seit März besucht Anja Herzog das Tagesförderzentrum der Paritätischen Gesellschaft für Sozialarbeit Darlingerode/Harz. Mit Unterstützung von Therapeuten übt Anja Herzog vor allem für den

Alltag. Herzog: »Aber auch der Gruppenkontakt ist wichtig. Und es hilft zu sehen, wie auch andere kämpfen.«

Anja Herzog hat den Schlaganfall zunächst gar nicht bemerkt. »Eine Kollegin sprach mich an, warum ich so komisch sprechen würde.« Dann ging alles ganz schnell. Noch am Arbeitsplatz traf der Notarzt ein, von der Wernigeröder Notaufnahme wurde Anja Herzog sofort in die Hallenser Universität verlegt. Herzog hatte keinen normalen Schlaganfall erlitten. Als Komplikation hatte sich bei ihr zusätzlich eine Hirnblutung eingestellt. »Ich wurde nach Halle geflogen und dort sofort operiert.« Danach lag die gelernte Facharbeiterin für Datentechnik im künstlichen Koma. Dem Aufenthalt im Akutkrankenhaus schlossen sich Monate in einer Rehabilitationsklinik an. »Erst dort realisierte ich die Schwere meiner Erkrankung.« Risikofaktoren wies die Frau äußerlich nicht auf – sie hat nie geraucht und war niemals dick. »Dass ich zu hohem Blutdruck hatte, wusste ich bis dahin nicht«, erklärt die Mittvierzigerin die Ursache für ihren Schlaganfall. Anja Herzog träumt davon, eines Tages wieder arbeiten zu können. »Ich sitze manchmal schon wieder am Computer und kann mit meiner rechten Hand auch die Tastatur benutzen.«

Am Aktionstag standen Frau Herzog und weitere Teilnehmer der Tagesförderung für Gespräche zur Verfügung und gaben interessierten Besuchern bereitwillig Auskunft über ihren langen Weg zurück ins Leben.

Uljana Klein/Torsten Seewitz

»Miteinander — Füreinander« Auch Generationenzusammenhalt ist wichtig für Inklusion

Was macht den Reichtum einer Gesellschaft aus? Wenn jeder Mensch – auch unabhängig von seinem Alter – teilhaben kann an der Gemeinschaft. Die Volkssolidarität fördert die Solidarität zwischen den Menschen und das Verständnis der Generationen untereinander.

Im Mittelpunkt unseres Engagements stehen Menschen in der zweiten Lebenshälfte, sozial Benachteiligte und Hilfsbedürftige, aber auch Kinder, Jugendliche und Familien. Unser Leitspruch »Alle sind gleich – alle sind verschieden« gilt dabei nicht nur für integrative Kindertagesstätten.



Inklusion leben wir auch in Gemeinschaftsaktionen, wie auf dem 19. landesweiten VS-Wandertag in der Lutherstadt Wittenberg. Hier konnte man erleben, wie Inklusion in der Volkssolidarität funktioniert: z.B. hatte das Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen gemeinsam mit den Senioren und Seniorinnen der Ortsgruppe und der Kindereinrichtung Micky Mouse, alle aus Trebitz, ein gemeinsames Programm auf die Beine gestellt. Das Zusammenwirken und Miteinander der unterschiedlichen Menschen trägt mit dazu bei, dass die seelisch Behinderten und chronisch Kranken die bestmögliche Lebensqualität erfahren und in der Gemeinschaft der Volkssolidarität und der Gesellschaft aktiv beteiligt sind.

Auf dem Wandertag wurde auch ein neues Projekt in der Lutherstadt Wittenberg vorgestellt: hier soll ein »Mehrgenerationenspielplatz« entstehen, der das gemeinsame Miteinander der Generationen fördert und von allen, unabhängig von Alter, Herkunft und Status genutzt werden kann.

Immer häufiger finden wir Mehrgenerationenspielplätze in Städten Deutschlands. Geräte, die nicht nur für Kinder, sondern auch für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderung nutzbar sind, erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Diese Geräte steigern das Wohlbefinden, fordern



den ganzen Körper – und gleichzeitig kommen die unterschiedlichen Menschen ins Gespräch und interessieren sich füreinander.

Aus dem Solidarfonds der Fraktion Die Linke wurde ein Anschub finanziert – wir werden noch viel mehr anschieben für ein gelingendes Zusammenleben der Generationen.

*Michael Bremer
Landesgeschäftsführer*

Die Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. gehört mit ihren 36.872 Mitgliedern, 13 Kreis- und Regionalverbänden und 789 Mitgliedergruppen zu den mitgliederstarken sozialen Verbänden in Sachsen-Anhalt. 4063 ehrenamtliche Mitglieder der Volkssolidarität gibt es im Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Inklusion im Verbandsalltag



»Gemeinsam sind wir stark wie ein Baum«

Eine **PARITÄTISCHE Initiative für INKLUSION in der Landeshauptstadt Magdeburg**
unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Ein Wort ist in aller Munde - INKLUSION. Was soll man sich darunter vorstellen? Eine Utopie, die nie erreicht werden kann - oder ein Weg, der gemeinsam zu meistern ist? Wir, die Partner der Initiative, denken: Inklusion ist bunt und stark wie ein Baum mit vielen bunten Blättern und kräftigen Wurzeln.

Um Antworten für unsere verbandliche Arbeit zu erhalten, wollen wir Kinder fragen, wie sie sich die Gesellschaft für ihre Zukunft vorstellen. Und wir werden gemeinsam mit ihnen einen **Baum der INKLUSION** gestalten. Mit seinen bunten und verschiedenen Tonblättern soll er von unserer gemeinsamen Stärke und einer bunten und inklusiven Gesellschaft künden.

Gemeinsam mit den Verantwortlichen der PIN gGmbH und seinen KITAS »Am Neustädter See« und »Die Wurzel«, der Kinderbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg, dem Verein »Der Weg e. V.«, der Integrationsfirma VIA CREARE gGmbH und dem Alten- und Service-Zentrum im Bürgerhaus Kannenstieg hat die PARITÄTISCHE Regionalstelle Mitte-West die Initiative »Gemeinsam sind wir stark wie ein Baum« ins Leben gerufen und nutzt dabei das Förderprogramm »Miteinander gestalten« von Aktion Mensch.

Bei der Auftaktveranstaltung am 31. Mai 2013 haben 140 Kinder aus drei integrativen Kindertagesstätten an einer Mitmachaktion teilgenommen jedes Kind hat sein eigenes Blatt aus Ton nach seinen Vorstellungen und seinem Können gestaltet. (Siehe Fotos rechts.)

Wir alle hoffen, dass unsere Blätter im Brennofen zu kleinen Mosaiksteinen werden, die dann zum »Baum der INKLUSION« zusammenwachsen. Dieser Baum soll am 20. September 2013 im Bürgerhaus Kannenstieg anlässlich des Weltkindertages und im Rahmen des 20-jährigen Bestehens des Bürgerhauses Kannenstieg enthüllt werden.

Die Wünsche und Vorstellungen der Kinder zu einer Gesellschaft für Alle regen uns zu einer Gesprächsrunde am 27. Juni 2013 in der KITA »Am Neustädter See« an. Mit Eltern, PolitikerInnen und ErzieherInnen diskutieren wir, wie Inklusion gelingen kann.

Gabriele Haberland
Regionalleiterin Mitte-West



Der »Barriere-Checker«

Alle gehören dazu, alle sollen dabei sein können. Das klingt einfach, doch um diesem Anspruch von Inklusion gerecht zu werden, gilt es für die Organisation von Veranstaltungen einiges zu bedenken – ganz gleich, ob es sich um einen Elternabend, eine Tagung oder einen größeren Kongress handelt. Mit dieser Broschüre hat der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen, einen Ratgeber entwickelt, um Barrierefreiheit besser umzusetzen.

Wenn Sie diese Anregungen bei der Planung und Gestaltung von Veranstaltungen berücksichtigen, profitieren davon nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern letztlich alle Teilnehmenden.

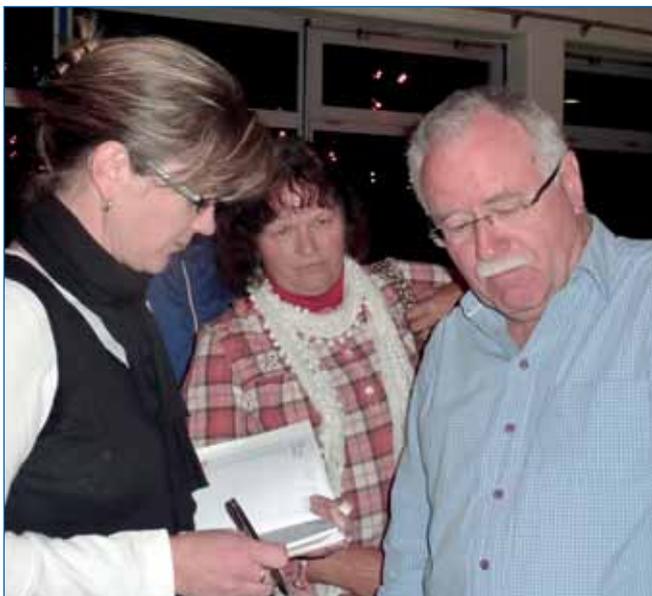
Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt hat Ihnen demnächst diese Broschüre zur Verfügung.

The image shows the cover of a brochure titled 'Der Barriere-Checker'. At the top right is the logo for 'DER PARITÄTISCHE SACHSEN-ANHALT'. The main title 'Der Barriere-Checker' is in large black font, followed by the subtitle 'Veranstaltungen barrierefrei planen'. A cartoon character, a young man with glasses, a blue jacket, and a red cap, is on the right, with a speech bubble saying 'Einfach für alle!'. A blue callout box on the left says 'Demnächst bei uns erhältlich!'. At the bottom left, it says 'Erarbeitet vom Landesverband Hessen' and includes the logo for 'DER PARITÄTISCHE HESSEN'.



Vorlauf-Projekt schafft Plattform für Aufbau eines Netzwerks

Im Rahmen des Projektes »Gemeinsames Leben in unserer ländlichen Region Stendal. – Barrieren für gemeinsame Freizeit- und Kulturaktivitäten abbauen!« wurden unterschiedlichste Partner aus Vereinen, Verbänden, Institutionen und Betroffene zusammengeführt, die schon vielfältige Erfahrungen und Kompetenzen insbesondere im Kultur- und Freizeitbereich in den Regionen Seehausen und Stendal besitzen.



Ziel war es, diese Partner für das Thema Inklusion zu interessieren, die Chancen für die eigene Arbeit aufzuzeigen und darzustellen, dass durch eine Vernetzung der Partner und ihrer Aktivitäten mehr Synergien entstehen, das jeweilige Wirken in der Region mehr Erfolg hat, als bisher, wo eher nebeneinander als miteinander agiert wurde. Im Bereich der Verbandsgemeinde Seehausen/Altmark wurden zwei Regionalkonferenzen unter dem Motto »Seehausen eine Region für Alle von Allen!?!« im September und November 2012 organisiert.

Im Rahmen der Sensibilisierung der Bevölkerung und der Vorbereitung der Veranstaltungen führten wir eine Bürgerbefragung zu dem Thema Inklusion und den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung in der Hansestadt Stendal und der Hansestadt Seehausen durch. Die Ergebnisse der Befragung waren nicht überraschend. Niemand der 30 befragten Bürger konnte mit dem Begriff Inklusion etwas anfangen und viele kannten die Kultur-, Sport- und Freizeitangebote in ihrer näheren Umgebung nicht. Die entstandenen Filmbeiträge und Statements von Experten, engagierten Bürgern aus Vereinen zum Thema waren Grundlage für die Diskussionen in den Regionalkonferenzen.

Die Teilnehmer der Veranstaltungen am 27.09.2012 und am 13.11.2012 – Vertreter der Kommunalpolitik, Verwaltung und aus Vereinen, Einrichtungen sowie interessierte Bürger der Verbandsgemeinde Seehausen – tauschten sich schwerpunktmäßig zu den Problemen und Möglichkeiten in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur und Feuerwehr aus.

Es wurden Ideen gesammelt. Notwendige Schritte – auch unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels im ländlichsten Raum – wurden beraten und Wege für das weitere Vorgehen entwickelt. Es herrschte Einigkeit, dass nur ein vernetztes Wirken, eine engere und abgestimmte Zusammenarbeit der Partner die Lösung der Probleme der Region ermöglicht. Es wurde diskutiert, dass Inklusion beziehungsweise der Weg zu Inklusion, durch den weiteren Abbau der vorhandenen Barrieren und dem Ermöglichen eines gleichberechtigten Zugang zu den unterschiedlichsten Freizeitaktivitäten in der Region auch als Chance gesehen werden kann. Einmütigkeit bestand darin, dass der begonnene Weg zum Aufbau eines Netzwerks mit dem Namen »Seehausen eine Region für Alle von Allen!?!« weitergegangen wird.

»re-reflect« ruft zu künstlerischer Auseinandersetzung mit Ausgrenzungen in unserer Gesellschaft auf

Zum siebenten Mal rufen die Initiatoren des Kunst- und Kulturwettbewerbs »re-reflect« mit dem Motto »Chancengleichheit für alle« zur künstlerischen Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Hemmnissen von Menschen mit und ohne Behinderungen auf. Es geht um die Reflektion der eigenen Situation und der persönlichen Einstellung zum Thema Behinderungen in der und durch die Gesellschaft.



Dabei kann nicht nur die Beeinträchtigung der finanziellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe durch körperliche und seelische Behinderung, die Sinnesbehinderung und die Lernbehinderung betrachtet werden sondern auch die Ausgrenzungen zum Beispiel durch Armut, Intoleranz und Rassismus. Gemeinsam entwickelt wurde das inhaltliche Konzept von der Regionalstelle Nord des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Sachsen-Anhalt, dem Stendaler Fernsehen – OFFENER KANAL e.V., dem Verein Kunstplatte und dem Theater der Altmark, die den Wettbewerb gemeinsam ausschreiben. Gefördert wird der Wettbewerb von der Medienanstalt Sachsen-Anhalt (MSA). Beteiligen können sich sowohl Gruppen (Vereine, Institutionen, Einrichtungen) als auch Einzelpersonen aus Sachsen-Anhalt, Menschen mit und ohne Behinderungen, die sich mit den eigenen oder gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen und nach Wegen zur Lösung suchen.

Die Beiträge sollen sich mit folgenden Fragen beschäftigen:

- Was behindert mich oder andere Menschen und wie gehen damit um?
- Was tun wir für Chancengleichheit?
- Wie behindern Intoleranz und soziale Ausgrenzung das Leben in unserer Gesellschaft?
- Wie nehmen wir Behinderungen, Ausgrenzungen usw. wahr?
- Was können oder müssen wir leisten um Veränderungen zu erreichen?
- Was kann durch meinen oder unseren engagierten Einsatz für die Menschen verändert werden?

Ab sofort können alle Beiträge mit künstlerischem und kulturellem Inhalt, wie Bühnenstücke und Performances, Malerei und Fotografie, Bücher und Schriften, Dokumentationen, Reportagen, Dokumentar- und Spielfilme eingereicht werden.

Die Teilnahme ist auf das Land Sachsen-Anhalt begrenzt. Aus allen Beiträgen werden zwölf Beiträge nominiert. Diese werden am 3. November 2013 auf der großen Abschlussveranstaltung im »Theater der Altmark« präsentiert. Eine Jury mit Vertretern aus Behindertenhilfe, Kunst und Politik ermittelt an diesem Abend die Gewinner. Was für die Jury letztendlich zählt, sind die Aussage, das soziale Engagement, der eigenwillige Blickwinkel des Machers und die Idee. Auch in diesem Jahr gibt es wieder einen Publikumspreis, über den die Besucher mit ihrem Applaus entscheiden werden. Die drei Erstplatzierten und der Publikumssieger erhalten einen Award sowie Preise im Gesamtwert von 1.500 Euro.

Einsendeschluss ist der 30. September 2013.

Die Beiträge sind zu senden an:

PARITÄTISCHE Regionalstelle Nord,

Osterburger Straße 4 • 39576 Stendal

Tel.: 03931-689420 • E-Mail: bzuercher@paritaet-lsa.de





Kleine Schritte und große Beteiligung

Um Inklusion vor Ort in die Tat umzusetzen braucht es kleine Schritte, eine große Beteiligung sowie die lokale Vernetzung aller Beteiligten.

Diese Erkenntnisse konnte auf der Abschlusstagung des Staßfurter Projektes »Gemeinsames Lernen in Staßfurt« zusammen gefasst werden. Das Projekt wurde von Februar bis Mai 2012 in Staßfurt durchgeführt und war von der PARITÄTISCHEN Regionalstelle Mitte-West ins Leben gerufen worden.

Um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention voranzubringen müssen sich die Bürgerinnen und Bürger einer Kommune gemeinsam auf den Weg machen, Neues zu entdecken und Bewährtes zu nutzen, sich zu vernetzen und Resort übergreifend zu denken und zu arbeiten. Diesem Ziel sind wir im Projekt ein Stück näher gekommen. Als einen großen Gewinn werten wir die vielen Begegnungen zwischen Staßfurter LehrerInnen und SchulleiterInnen, LeiterInnen von integrativen Kindertagesstätten, Verantwortliche aus der Behindertenhilfe, Sport- und Kulturvereinen, Jugendclubs, Seniorenvertretung, PolitikerInnen und Verwaltung. SchülervertreterInnen, Eltern und Großeltern waren ebenso am Fachaustausch beteiligt wie Menschen mit und ohne Behinderung, die ihre eigenen Vorstellungen, Befindlichkeiten und Erfahrungen zum Thema eingebracht haben.



Die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe haben INKLUSION für jeden Menschen verständlich übersetzt:

I Inmitten der Gesellschaft
N Normalität
K Keine Benachteiligung
L Lebenslanges Lernen
U Umgang mit Vielfalt
S Selbstbestimmung
I Individualität leben
O Ohne mich? – So nicht!
N Neues entdecken

Da INKLUSION ein gesamtgesellschaftliches Thema ist, wurden in einem Initiativkatalog die Erfahrungen des Projektes als Empfehlungen für die Kommunalpolitiker der Stadt Staßfurt formuliert. Der Initiativkatalog soll aber auch anderen Kommunen als Vorbild dienen. Er ist auf Homepage des PARITÄTISCHEN zu finden. (www.paritaet-Isa.de/cms/281-0-Gemeinsames-Lernen-an-allen-Lebensorten-ist-in-Stassfurt-ein-Thema.html)

In Staßfurt sind alle Projekt-Beteiligten der Erkenntnis ein Stück näher gekommen, dass INKLUSION kein Ergebnis ist, sondern »ein Weg zu einer Gesellschaft, die Sozialräume gestaltet anstatt Sondersysteme zu befördern«.

Ein herzlicher Dank gilt allen Kooperationspartnern und Beteiligten am Projekt »Gemeinsames Lernen in Staßfurt«, vor allem dem Oberbürgermeister und der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Staßfurt, den Akteuren der Lebenshilfe Bördeland gGmbH, der J.-H. Pestalozzi-Schule Staßfurt, der Sekundarschule Hermann Kasten, des Gesprächszentrums Laura u.a. Das Projekt wurde möglich durch die Förderung aus dem Förderprogramm »Inklusion« bei Aktion Mensch e. V..

Gabriele Haberland
Projektkoordinatorin
und Leiterin der Regionalstelle Mitte-West

¹ Prof. Dr. Wolfgang Hinte, Universität Duisburg-Essen

Dazugehören dank Selbsthilfe

Menschen mit psychischen Erkrankungen erfahren oftmals Unverständnis und Stigmatisierung in ihrem Umfeld. Häufig ziehen sie sich aus dem aktiven Leben in der Gesellschaft zurück. Betroffene finden seltener den Weg in die Selbsthilfe als Menschen mit somatischen Erkrankungen.

Die Selbsthilfekontaktstelle Harz hat sich dieser Thematik mit der Veranstaltungsreihe »Leben wagen – Dazugehören« gewidmet.



Durch die Unterstützung von Aktion Mensch wurde es möglich, die Themen Arbeit und Qualifizierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, Lebensbewältigung, Umgang mit Gefühlen, Stigmatisierung und Beteiligung auf unterschiedliche Art und Weise zu bearbeiten.

Ein Buchautor, der durch das Schreiben seine Erfahrungen mit der Schizophrenie verarbeitet, erreichte mit einer Lesung in Halberstadt zahlreiche Interessierte.

Der Film »Vincent will Meer« lockte viele Mitglieder von Selbsthilfegruppen in das Kino des Dachvereins Reichenstraße e.V. nach Quedlinburg und die Besucher diskutierten anschließend über das »Anderssein«. In einer Fachkonferenz und einem Kamingespräch stand das Thema »Umgang mit einer psychischen Erkrankung« im Mittelpunkt und neben den professionell Tätigen kamen Psychatriererfahrene und Angehörige zu ihrer Sicht auf psychischen Erkrankungen zu Wort.

Unsere Ziel, das Thema seelische Gesundheit in die Öffentlichkeit zu bringen, Betroffene im Sinne von INKLUSION zu beteiligen und den Wert der Selbsthilfe näher zu bringen, haben wir erreicht. Zahlreiche Rückmeldungen von VeranstaltungsteilnehmerInnen bestätigten das.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis war, dass in den Veranstaltungen sowohl Psychatriererfahrene als auch Angehörige, Professionelle, Arbeitgeber und BürgerInnen des Landkreises Harz miteinander ins Gespräch kamen. Alle Beteiligten nutzten die Gelegenheit, sich über psychische Erkrankungen, deren Ursachen, Behandlungsmöglichkeiten und Bewältigungsstrategien zu informieren und die Ansichten der jeweils anderen Seite kennen zu lernen. Wir schufen für Betroffene, Angehörige und Fachkräfte eine Plattform für den Austausch und eine Möglichkeit, sich zu Zusammenarbeit und Kooperation zu verabreden.

Die Beteiligten waren sich einig, dass das gegenseitige Verstehen zum Abbau von Vorurteilen führt und Selbsthilfe zu einer inklusiven Gesellschaft beitragen kann

Christine Gruber
Leiterin der Selbsthilfekontaktstelle Harz





Projekttag »Wir mit Euch – mit uns!«

Tag der Begegnung auf Gut Mößlitz

Zum wiederholten Male führten wir mit unseren Mitgliedern den Tag der Begegnung für Menschen mit Behinderungen durch. Dieses Projekt wurde auch vom LK Anhalt Bitterfeld finanziell unterstützt, ohne diese Unterstützung wäre das Projekt nicht durchführbar. In enger Zusammenarbeit mit dem Künstler Eckhard Straube und dem Förderverein aus Gut Mößlitz ein sozio-kulturelles Zentrum, konnte der Projekttag wieder ein Erfolg werden.

Teilnehmer, Akteure und auch Gäste waren gespannt mit welchen Darbietungen wir uns gegenseitig überraschten. Viele Proben waren nötig. Die Kinder aus integrativen KITAs und die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Einrichtungen der Lebenshilfen hatten sich fantastisch vorbereitet. Die Beiträge von Musik, Gesang, Tanz und Schauspiel erfreuten wieder alle Herzen. Von Jahr zu Jahr werden die Darbietungen anspruchsvoller, schon fast fernsehreif.

Hier spürt man das gegenseitige Vertrauen, die Akzeptanz mit welchem Vermögen die Darbietungen vorgetragen wurden. Eine Wertung gab es nicht, ist auch nicht notwendig. Viel wichtiger ist doch, dass alle Beteiligten Spaß hatten.

Die 110 Teilnehmer, darunter Schwer- und Schwerstbehinderte aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld wollten sich nicht nur unterhalten lassen, sondern sie hatten mit Hilfe ihrer Betreuer und Erzieher mit viel Fleiß und Mühe tolles auf die Beine gestellt.

Das merkte man im Anschluss, da alle Teilnehmer sich bereits aus den vergangenen Jahren kannten, somit trauten sich einige auch Solo – Darbietungen und sie wuchsen über sich hinaus.

Mit viel Anerkennung und lauten Beifall wurden die Akteure belohnt. Jeder wurde in das Programm mit eingebunden.

Genau das ist gewollt!

Es geht uns um Toleranz zu leben und zu erleben und Anerkennung zu erfahren für die dargebotenen Leistungen und Akzeptanz zu fördern.

Es war ein super Tag und wenn uns der Landkreis wieder finanziell unterstützt, dann werden wir den nächsten Tag der Begegnung mit viel Freude gemeinsam vorbereiten.





Psychische Erkrankungen nehmen zu

Aus der Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Salzlandkreis und Mansfeld-Südharz

Der Erhalt der bestehenden und der Aufbau von neuen Selbsthilfegruppen in den Kontaktstellen steht als eine der wichtigsten Aufgaben.

»Hilfe zur Selbsthilfe« ist das Ansinnen, das Hauptaugenmerk richtet sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, psychischen oder sozialen Problemen, von denen Menschen betroffen sind. In der Selbsthilfegruppenarbeit ist zu beobachten, dass sich immer mehr Betroffene mit psychischen Erkrankungen bei unseren Mitarbeitern der Selbsthilfekontaktstelle melden und sich als Selbsthilfegruppe neu gründen möchten.

Oft sind folgende Ursachen für solche Erkrankungen, wie Veränderungen der Arbeitsstrukturen, Veränderungen der Lebensumstände, eigene Schicksale oder Arbeitsplatzverlust und Mobbing. Es sind Störungen, mit denen nicht jeder umgehen kann. Hierfür sind Mitarbeiter notwendig, die durch den Aufbau von Kontakten für Vertrauen und Hilfe

sorgen und diese Menschen auch betreuen. Zugenommen hat auch die Diagnose »Burnout«. Die Betroffenen stehen zumeist noch im Arbeitsprozess und haben Angst, sich dort zu outen, weil sie mit Ausgrenzung und Stigmatisierung zu kämpfen haben.

Die Treffen der SHG und Neugründung von SHG bestätigen die Notwendigkeit. Die Gruppenarbeit ist gekennzeichnet von Gleichberechtigung, gegenseitiger Hilfe und präventiver Tätigkeit. Erst in den letzten Jahren wurde dieses Problem (psychische Erkrankungen) enttabuisiert und auch zunehmend in der Gesellschaft diskutiert.

Es geht um verstärkte Aufklärung von psychischen Erkrankungen und es geht um Initiativen zur Förderung der seelischen Gesundheit. Fast jeder Dritte leidet einmal in seinem Leben an einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung. – Es geht um Rat, Hilfe und Aufmerksamkeit.



»überall dabei – wir sind dabei«

Inklusives Filmfestival der Aktion Mensch

Die Aktion Mensch hat unter dem Motto »überall dabei« auch in diesem Jahr zum inklusiven Filmfestival aufgerufen. Das Filmfestival ist ein Beitrag auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Jeder Mensch, ob behindert oder nicht behindert, muss am gesellschaftlichen Leben in der Gemeinschaft teilhaben können.

Das Festival zeigt dazu in 40 Städten der Bundesrepublik sechs informative und spannende Kinofilme und gastierte zum wiederholten Male auch vom 17. Bis 23. Januar 2013 in Halle (Saale).

Neben zahlreichen örtlichen Vereinen und Verbänden war auch der PARITÄTISCHE gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen und unter organisatorischer Federführung der Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis Partner von zwei Filmen.

So trat das PARITÄTISCHE Sozialwerk Behindertenhilfe als Filmpartner für den australischen Dokumentationsfilm »Rachels Weg – aus dem Leben einer Sexarbeiterin« auf. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, Regionalstelle Süd, und der Allgemeine Behindertenverband in Halle e.V. (ABiH) waren Filmpartner für den schwedischen Dokumentarfilm »Zwillingsbrüder – 53 Szenen einer Kindheit«.

Letzterer zeichnet sich, wie auch der gezeigte Vorfilm »kleiner Film« von Frederic Klant, durch beeindruckende, nachdenkliche, liebevolle, heftige, stimmungsvolle, lebensnahe und optimistische Szenen zum Thema Kleinwüchsige Men-

schen aus. »kleiner Film« zeigt, wie sich im Rollentausch eine kleinwüchsige Frau um ihren normalwüchsigen Partner kümmert. Der Film stellt die Realität auf den Kopf und richtet sich somit gegen das Schubladen-Denken. Im Film »Zwillingsbrüder« werden chronologisch Entwicklungsstadien der beiden Brüder (davon einer kleinwüchsig) von ihrer frühen Kindheit bis zu ihrem 19. Lebensjahr aufgezeigt. Wie in jeder Familie auch, gibt es Gemeinsamkeiten und unterschiedliche, ja konträre, Auffassungen vom Zusammenleben zwischen ihnen und im Besonderen auch mit ihrer Mutter. Beide sind aber auf der Suche nach ihrem Lebensinhalt.

In der anschließenden Gesprächsrunde zu den Filmen und zum Miteinander von kleinwüchsigen Menschen und nicht behinderten Menschen im wirklichen Leben stellten sich diesem Thema: Robert Richard vom Ministerium für Arbeit und Soziales, Prof. Dr. Klaus Mohnike vom Bundes-



verband Kleinwüchsige Menschen und ihre Familien e.V. (BKMf) sowie Thomas Thielicke und Udo Rheinländer vom Allgemeinen Behindertenverband in Halle e.V. (ABiH). Moderiert wurde die lebendige Diskussion, an der sich neben den interessanten Gästen auch das Publikum beteiligt hat, von Ralf Hattermann vom PARITÄTISCHEN Landesverband Sachsen-Anhalt.

In der Diskussion wurde neben der Reflexion und den Eindrücken der beiden Filme sowie Bezügen zur Leitidee der Inklusion und der UN-Behindertenrechtskonvention vor allem versucht, einen Einblick in die Lebenswelt von kleinwüchsigen Menschen zu bekommen. Hier waren insbesondere die Erfahrungen, Einschätzungen und Sichtweisen von Thomas Thielicke beeindruckend. Er gab einen Einblick, was es für ihn bedeutet, in einer großwüchsigen Welt zu leben, welche Probleme er im Alltag als kleinwüchsiger Mensch bewältigen muss und was seine Vorstellungen für die Zukunft sind, persönlich wie auch gesellschaftlich.

Ein Rahmenprogramm rundete die gelungene Veranstaltung ab. Informationsstände der beteiligten Verbände und eine von Schülerinnen und Schülern der Ökowschule Kugelberg erarbeitete Fotodokumentation über Barrierefreiheit in ihrem Lebensumfeld luden zum Nachdenken ein. Die bekannte Hallesche Gruppe »Viertelpoet« (Foto oben) mit rockig-frecher und lyrisch-liedhafter Musik begeisterte ihre Zuhörerinnen und Zuhörer.

Am 23. Januar lief als Abschlussfilm »Rachels Weg« und als Vorfilm »Händelstadt mit Hindernissen«. Die Vorstellung war ausverkauft und auch die im Anschluss angebotene Gesprächsrunde mit Dr. med. Torsten Freitag, Sexualmedizinische Praxis Magdeburg, Ralf Schneeberger, Filmemacher beim Offenen Kanal und Begleiter behinderter Menschen durch die Händelstadt mit Hindernissen fand große Resonanz. Die »heiße Kartoffel« – Bedürfnisse nach Sexualität bei schwerstbehinderten Männern – wurde respektvoll diskutiert. Menschen mit Behinderungen aber auch Mitarbeiter/innen aus Einrichtungen der Behindertenhilfe tauschten sich aus.

Resümierend kann festgestellt werden, dass wir auch bei diesem Thema eine Gesellschaft ohne Barrieren im Kopf brauchen, um den Bedürfnissen behinderter Menschen gerecht werden zu können.

*Für Rückfragen:
Dr. Peter Piechotta
Regionalstelle Süd
Telefon: 0345 | 5204115
e-mail: ppiechotta@paritaet-isa.de*

PARITÄTISCHE Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis gewinnt Gesundheitspreis

Zum zweiten Mal hat der Deutsche Apothekerverband e. V. (DAV) den DAV-Gesundheitspreis »Selbsthilfe und Apotheke – Kooperationen mit Vorbildcharakter« unter der Schirmherrschaft des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller (MdB) vergeben. Gastgeberin der mehr als 50 Ehrengäste war Claudia Berger, Beauftragte des DAV-Vorstands für die Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen.

Meik Voigt leitet die PARITÄTISCHE Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis



Der Preis, mit dem die vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Patienten- und Selbsthilfegruppen mit Apotheken geehrt wird, wurde am 15.03.2013 im Rahmen des Patientenforums des Deutschen Apothekerverbandes in Berlin im Deutschen Apothekerhaus verliehen. Mit der Ausschreibung des Gesundheitspreises verfolgt der DAV die Ziele, bestehenden Kooperationen zwischen Patienten- und Selbsthilfegruppen sowie öffentlichen Apotheken/Apothekern eine Plattform zu bieten sich darzustellen und zugleich eine Übersicht über gute Kooperationen zu geben. Gleichzeitig soll neuen Kooperationen Mut gemacht werden zur Nachahmung und beispielhafte Wege aufgezeigt. »Die Bewerbungen um den DAV-Gesundheitspreis verdeutlichen, mit wie viel Kreativität und Engagement die Partner zusammenarbeiten«, sagt Claudia Berger, Beauftragte des DAV-Vorstands für die Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen. »In vielen Städten und Gemeinden arbeiten Selbsthilfe- und Patientenorganisationen erfolgreich mit den Apotheken zusammen. Die Patienten erhalten dabei wertvolle Informationen über moderne Therapien und lokale Hilfsangebote. Die Selbsthilfeorganisationen können durch die Unterstützung der Apotheken eine breite Öffentlichkeit erreichen.«

Den 1. Preis bekam der »Apotheken- und Selbsthilfetag in Halle«. Der Hallesche Apothekenverein e.V. und die PARITÄTISCHE Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis ver-

anstalten seit 2006 jährlich einen »Tag der Apotheke und Selbsthilfe« auf dem Marktplatz in Halle (Saale). Seit 2011 kooperiert der Apothekenverein mit dem lokalen Fernsehsender Halle TV, wo eine eigene Gesundheitssendung eine öffentliche Plattform für Selbsthilfegruppen bietet. Ganzjährig bieten die 27 Mitgliedsapotheken u.a. Referate für die über 180 Selbsthilfegruppen an. Der Hallesche Apotheken- und Selbsthilfetag ist eine Veranstaltung innerhalb des Gesundheits-Städte-Netzwerk Halle. Die gemeinsame Planung, Durchführung, die langjährige und kontinuierliche Zusammenarbeit sowie die daraus erwachsene fachliche Zusammenarbeit für ein positives soziales Klima in Halle, wurde von der Jury als herausragend und vorbildhaft bewertet und mit dem ersten Platz gewürdigt.

Die PARITÄTISCHE Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis ist seit 22 Jahren eine anerkannte und zentrale Informations-, Kontakt-, Clearing- und Begegnungsstätte für Selbsthilfeinteressierte (Betroffene, Angehörige und professionelle Unterstützer aus dem Gesundheits- und Sozialbereich) und Selbsthilfegruppen. Das Angebot dient als spezielle und eigenständige Maßnahme der Förderung und Unterstützung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt Halle, dem Landkreis Saalekreis und bei Bedarf auch der bundesweiten Auskunfts- und Vermittlungstätigkeit.

In Halle und im Saalekreis arbeiten zurzeit 187 Selbsthilfegruppen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich. Begegnungen oder Treffen der SHGn finden an den verschiedensten Ortsteilen der Stadt und im Landkreis Saalekreis statt. In der Selbsthilfekontaktstelle selbst stehen den Gruppen drei barrierefreie Gruppenräume zur Verfügung.

Zielgruppen der Selbsthilfekontaktstelle sind Personen mit chronischen Krankheiten, Behinderungen, psychosozialen Problemen, Suchterkrankungen, sozialen Problemen, medizinische / therapeutische Leistungsanbieter (z. B. Kliniken, Beratungsstellen, Krankenkassen und Fachärzte) und Selbsthilfeinteressierte.

www.kontaktstelle-shg.de

PARITÄT: Auf einen Klick...

www.paritaet-lsa.de:
Informationen online



Unter www.paritaet-lsa.de finden Sie nützliche Informationen rund um den PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt, neueste Fachinformationen, Positionen und Stellungnahmen sowie unser komplettes Dienstleistungsangebot.

Als Mitgliedsorganisation haben Sie die Möglichkeit, eigene Informationen über die Website des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt zu veröffentlichen.

Der **Terminkalender** informiert aktuell über unsere Veranstaltungen.

In der Rubrik »Anspruchspartner« finden Sie alle Kontaktdaten und Infos zu unseren Serviceleistungen.

Schauen Sie regelmäßig rein!



Kein Rundfunkbeitrag für Bewohner in Pflegeheimen

Seit diesem Jahr gilt die neue Rundfunkgebührenordnung (der Rundfunkbeitrag ersetzt die ehemalige GEZ Rundfunkgebühr). Aktuell ist eine Neureglung bekannt geworden, die Bewohner von Pflegeheimen zunächst von einer Zahlungspflicht entbindet.

Demnach haben sich die Intendanten von ARD, ZDF und Deutschlandradio darauf verständigt, dass Pflegeheimbewohner ab 2013 keinen Rundfunkbeitrag zahlen müssen. Pflegeheime sollen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Gesetzgeber diese Problematik im Rahmen der Evaluation abschließend gelöst hat, als Gemeinschaftsunterkünfte behandelt werden. Damit entfällt die Beitragspflicht für einzelne Zimmer und deren Bewohner. Zur Begründung dieser Einordnung als Gemeinschaftsunterkunft ist darauf hinzuweisen, dass Bewohner von Pflegeheimen aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkungen nachhaltig betreut werden müssen.

Die ARD-Vorsitzende Monika Piel betont, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sei nachdrücklich daran gelegen, keine sozialen Härten entstehen zu lassen. Gleichzeitig werde gerne übersehen, dass die neuen gesetzlichen Regelungen nicht einfach zur Disposition der Rundfunkanstalten stehen: »Wir können Vorschriften nicht in ihr Gegenteil verkehren. Es besteht aber sicher breiter gesellschaftlicher



Konsens, gerade für Menschen in Pflegeheimen keine zusätzlichen Belastungen zu schaffen.« Der nun getroffenen Regelung war eine intensive mediale Berichterstattung im Dezember 2012 voraus gegangen, die die Zahlungspflicht für Pflegeheimbewohner kritisierte.

Pflege-Neuausrichtungsgesetz: Keine Zeitvergütung und Häusliche Betreuung zum 01.01.2013 in Sachsen-Anhalt

Das Pflege – Neuausrichtungsgesetz (PNG) sieht nach § 124 SGB XI ab 1. Januar 2013 im Rahmen der ambulanten Pflege die neue Leistung „Häusliche Betreuung“ vor. Diese soll dazu beitragen, dass Pflegebedürftige der Stufen I bis III sowie Versicherte mit eingeschränkter Alltagskompetenz gemäß § 45a SGB XI in ihrem häuslichen Umfeld unterstützt und betreut sowie Angehörige entlastet werden. Weiterhin wird mit dem PNG gemäß § 89 SGB XI ab 01. Januar 2013 verpflichtend die Möglichkeit geschaffen, neben dem bestehenden Leistungskomplexsystem die Pflegeleistungen nach Zeit vereinbaren und abrechnen zu können.

Voraussetzung für die neue Leistung Häusliche Betreuung sowie die Abrechnung der Leistungen nach Zeit sind entsprechende Vereinbarungen zwischen Leistungserbringern und Leistungsträgern auf Landesebene. Die entsprechenden Verhandlungen wurden in Sachsen-Anhalt im November 2012 aufgenommen, jedoch konnte zwischen den Verhandlungspartnern in Sachsen-Anhalt bislang keine Einigung erzielt werden. Aus diesem Grund sind in Sachsen-Anhalt derzeit keine Leistungen der Häuslichen Betreuung abrufbar und keine ambulanten Pflegeleistungen nach Zeit abrechenbar. Gleiches gilt im Übrigen für die anderen Bundesländer, lediglich in Bremen hat ein Verband eine Vereinbarung für die Zeitvergütung abgeschlossen. Ab 1. Januar 2013 haben die Pflegebedürftigen und Versicherten mit eingeschränkter Alltagskompetenz jedoch

die Möglichkeit, den ab diesem Zeitpunkt erhöhten Sachleistungsbetrag auch zu Gunsten der Grundpflege (z. B. Körperpflege) oder der hauswirtschaftlichen Versorgung einzusetzen. Die Abrechnung erfolgt im weiterhin bestehenden Leistungskomplexsystem.

Grundsätzlich birgt die Verhandlung der Zeitvergütung große Gefahren für ambulante Pflegedienste: werden **nicht kostendeckende Preisvereinbarungen** abgeschlossen, droht eine finanzielle Schieflage bis hin zur Insolvenz. Zudem ist neben der Verhandlung einer Hausbesuchs- bzw. Einsatzpauschale eine Punktwerthöhung im Leistungskomplexsystem anzustreben, da »leichtere« Pflegefälle tendenziell eine Abrechnung nach Zeit favorisieren werden und somit die bisherige Grundlage für die verhandelten Punktwerte fehlt.



Dorit Schubert
Landeskoordinatorin für häusliche Gewalt und Stalking
Tel.: 0391 / 6293523 • liko@paritaet-lsa.de



Frauen und Mädchen mit Behinderungen benötigen besseren Schutz vor Gewalt

Gewalt im sozialen Nahraum ist ein großes gesellschaftliches Problem. Bereits 2004 ergab eine Repräsentativstudie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass mindestens jede vierte Frau seit ihrem 16. Lebensjahr gewalttätige Übergriffe körperlicher und/oder sexueller Art durch einen Beziehungspartner erlebt hat bzw. aktuell erlebt. 2012 legte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die erste repräsentative Studie zu Situation von Frauen mit Behinderungen in Deutschland vor.

Diese untersuchte sowohl Frauen mit Behinderungen in Haushalten als auch in Einrichtungen. Die Studie belegt, dass Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen im höheren Maß körperliche, psychische und sexuelle Gewalt erlebt haben als Frauen ohne Behinderungen. So erfahren fast 50% der Frauen mit Behinderung sexuelle Gewalt in ihrer Kindheit, Jugend oder im Erwachsenenalter. Die Forscherinnen der Universität Bielefeld hoben die besonders hohe Betroffenheit von gehörlosen Frauen und von behinderten Frauen in Einrichtungen der Behindertenhilfe hervor. In der Studie wird insbesondere auch sichtbar, dass ein wechselseitiger Zusammenhang von Behinderung und Gewalt besteht.

Seit dem 26. März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) in Deutschland geltendes Recht mit dem Ziel, die Rechte von Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und eine gleichberechtigte Teilhabe von allen Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Deutschland hat sich zur Umsetzung und Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) verpflichtet und muss dazu breit angelegte Strategien entwickeln. Die UN-Behindertenrechtskonvention stärkt in Artikel 6 explizit die Rechte der Frauen und Mädchen mit Behinderung und erkennt darin an, dass es zur gesell-

Informationen

schaftlichen Lebensrealität von Frauen und Mädchen mit Behinderung gehört, mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt zu sein. Die Benachteiligung besteht strukturell nicht nur gegenüber Männern, sondern auch gegenüber nicht behinderten Frauen und behinderten Männern. Die Konvention fordert die Überwindung und Beseitigung dieser mehrfachen Diskriminierung durch alle dafür geeigneten Maßnahmen um die Gleichberechtigung aller Frauen und Mädchen mit Behinderung zu realisieren. Diesbezüglich müssen geschlechtsspezifische Benachteiligung, Ungleichbehandlung und Ausgrenzung identifiziert werden und durch Antidiskriminierungs- und weitere spezifische Maßnahmen zugunsten von Frauen und Mädchen mit Behinderung aktiv überwunden werden. Artikel 16 »Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch« der BRK fordert die Vertragsstaaten auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen mit Behinderung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnung vor jeder Art von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch zu schützen. Dabei sind die auf der Geschlechtszugehörigkeit basierenden Aspekte zu berücksichtigen.

Die UN-Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau (CEDAW) und die UN-Behindertenrechtskonvention verurteilen Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung. Alle beteiligten Staaten haben sich verpflichtet, wirksame Maßnahmen gegen diese Form der Gewalt zu ergreifen. Bei der Umsetzung der Konventionen müssen frauenspezifische Maßnahmen aufgenommen und die besonderen Belange der Frauen und Mädchen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Dafür muss u.a. flächendeckend ein barrierefreies Netz von Unterstützungs- und Hilfsangeboten vorgehalten werden. Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt und das Landesweite Netzwerk für ein Leben ohne Gewalt formulieren diesbezüglich Handlungsempfehlungen, welche nicht abschließend formuliert sind.

Gewaltprävention

Grundlegende Voraussetzungen zum besseren Schutz von Frauen und Mädchen mit Behinderungen vor Gewalt sind Maßnahmen zur Stärkung. Dazu zählen u.a. Kurse zur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung. Die von Frauen mit Behinderung und Wen-Do- Trainerinnen entwickelten Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Frauen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen werden punktuell durchgeführt. Es bedarf eines flächendeckenden Netzes von Angeboten.

Frauenbeauftragte in Einrichtungen können dazu beitragen, die Benachteiligungen, Gewaltprävention und Stärkung von Frauen mit Behinderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Wohneinrichtungen zu thematisieren. In Einrichtungen der Behindertenhilfe

bedarf es der Installation von Frauenbeauftragten. Frauen und Mädchen mit Behinderungen müssen barrierefreien Zugang zu geeigneten Informationen und Bildungsangeboten haben. Dazu zählen u.a. Informationen und Bildungsangebote zum Schutz vor Gewalt, zu Möglichkeiten der Hilfs- und Unterstützungsangebote, aber auch über Sexualität, eigene Grenzen und die Grenzen anderer.

Zudem bedarf es verpflichtender Schulungen zur Erkennung von Warnsignalen und frühe Anzeichen von Gewalt und Interventionsmöglichkeiten für PädagogInnen und MultiplikatorInnen, die im Kontakt mit Frauen und Mädchen mit Behinderung stehen. Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Bildung, der ambulanten und stationären Diensten und der Gesundheitsversorgung sollen sich verpflichten, wichtige Maßnahme zur Gewaltprävention und zur Intervention bei Gewalt zu installieren.

Barrierefreie Unterstützung

Zur besseren Unterstützung und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderung müssen barrierefreie, niedrigschwellige, kostenfreie, unbürokratische, räumlich gut erreichbare Unterstützungs- und Beratungsangebote installiert werden. Frauenhäuser und Fachberatungsstellen müssen ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit ihre Angebote an die Bedarfe von Frauen und Mädchen mit Behinderung angepasst werden können. Nur wenige gewaltbetroffene Frauen und Mädchen nehmen die Angebote der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen in Anspruch. Das kann zum einen daran liegen, dass das Unterstützungssystem den betroffenen Frauen und Mädchen nicht beziehungsweise zu wenig bekannt ist. Zum anderen sind die Einrichtungen überwiegend nicht barrierefrei. Manche der Barrieren entstehen durch fehlende finanzielle Mittel. So gibt es in Sachsen-Anhalt nur ein rollstuhlgerechtes Frauenhaus. Aber auch durch Unsicherheit und mangelnde Erfahrung im Umgang mit Frauen mit Behinderung können Barrieren entstehen und den Zugang in das Unterstützungssystem erschweren. Zudem ist barrierefreie Kommunikation und der Zugang zu Informationen für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu gewährleisten, zum Beispiel durch Materialien in leichter Sprache, barrierefreien Internetseiten und Hinzuziehen von Gebärdensprachdolmetschern.

Kontakt:

Dorit Schubert

Landesintervention und -koordination bei häuslicher Gewalt und Stalking

Wiener Straße 2 • 39112 Magdeburg

Telefon: 0391 / 6293 523

liko@paritaet-lsa.de

www.liko-sachsen-anhalt.de

Wildwasser Magdeburg e. V. »Wir können viel – wir können mehr!«



Wie in jedem Jahr veranstaltete die Beratungsstelle Wildwasser Magdeburg e. V. auch in 2012 WenDo Kurse zur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Frauen und Mädchen. Eine Projektförderung der Aktion Mensch im Bereich der Förderaktion Miteinander gestalten, ermöglichte die Durchführung von zwei besonderen Kursen.

Unter der Prämisse Partizipation, richtete sich das Angebot an jugendliche Mädchen, die in einem institutionellen Kontext der Behinderten-/Jugendhilfe leben. Beide Adressatinnengruppen sind oftmals durch eigene Beeinträchtigungen sowie den jeweiligen Lebenshintergrund stigmatisiert, benachteiligt, auf Unterstützung angewiesen und fremdbestimmt. Partizipation ist nicht immer hinreichender Bestandteil institutionellen Handelns. Mittels WenDo, einem speziell für Mädchen und Frauen entwickeltem Selbstschutz- und Selbstbehauptungsprogramm wurden

die Teilnehmerinnen darin gestärkt eigene Interessen, Anliegen und Wünsche zu äußern und durchzusetzen. Jeweils acht Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren nutzen die im November und Dezember angebotenen zweitägigen Kurse. Die Teilnehmerinnen haben beispielsweise ausprobiert »Nein zu sagen sowie einfache Abwehr- und Befreiungstechniken erlernt. Die Arbeitsatmosphäre war stets konstruktiv, teils heiter. Das Highlight für viele der jugendlichen Mädchen war das Zerschlagen eines Holzbrettes. Dabei konnten die Mädchen entdecken was alles in ihnen steckt!

WenDo-Termine 2013

Mädchen und Frauen wehren sich mit WenDo!

WenDo heißt „Weg der Frau“.

WenDo ist kein Kampfsport, sondern ein alltagstaugliches Selbstbehauptungs- & Selbstschutzkonzept nur für Mädchen und Frauen. Sportlichkeit ist nicht erforderlich.

12.-13.10.2013 - Grundkurs für Mädchen zwischen 8-11 Jahren

• Wann?

Samstag und Sonntag je in der Zeit von 10.00-16.00 Uhr

• Wo?:

April: Bewegungshalle HS MD

Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg

Oktober: Sporthalle

(wird noch bekannt gegeben)

• Kosten?

Mädchen/ Frauen 30 € (Ermäßigung auf Anfrage)

Bitte bringen Sie sich bequeme, warme Kleidung, etwas zu Essen/Trinken mit.

Wildwasser Magdeburg e.V.

Ritterstraße 1

39124 Magdeburg

Tel. 0391 / 251 54 17

Fax 0391 / 251 54 18

info@wildwasser-magdeburg.de



Wir machen Schule!

Ausbildung zu:
Staatlich anerkannten Erzieher/innen
Staatlich anerkannten Heilerziehungspfleger/innen
Staatlich anerkannten Heilpädagog/innen



Die Ausbildung ist in allen drei Fachrichtungen geprägt durch die enge Kooperation mit dem PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalt – mit mehr als 320 gemeinnützigen Organisationen und sozialen Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Gruppen einem der größten Wohlfahrtsverbände und Arbeitgeber in der Sozialwirtschaft Sachsen-Anhalts.

Entscheiden Sie sich für eine Ausbildung bei den Spezialisten für den sozialen Bereich! Profitieren Sie von 20 Jahren Erfahrung in der sozialen Arbeit in 1.700 Einrichtungen

des PARITÄTISCHEN Sachsen-Anhalts und seiner Mitglieder, wie der integrativen Kita oder dem Schulhort um die Ecke, dem Kinderheim und dem Jugendfreizeitzentrum oder der Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Ihrer Nähe!

Verlassen Sie sich auf das PARITÄTISCHE Bildungswerk Sachsen-Anhalt mit mehr als 20jähriger erfolgreicher Erfahrung als landesweit tätiger und anerkannter Träger der Aus-, Fort- und Weiterbildung für soziale Themen und Berufe.

 **DER PARITÄTISCHE**
PARITÄTISCHES BILDUNGSWERK
Sachsen-Anhalt



Bewirb Dich online: www.fachschule-sozialwesen.de



Wiener Straße 2
39112 Magdeburg

Telefon: 0391 | 6293333
Telefax: 0391 | 6293555

info@paritaet-lsa.de
www.paritaet-lsa.de